Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Freundschaft

Tageszeitung der sowjetdeutschen Bevölkerung Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966 ◆ Dienstag, 28. Oktober 1980 ◆ Nr. 208 (3 836) ◆ Preis 2 Kopeken

Im Namen des Volkswohls

Das Sowjetland schließt das zehnte Planjahrfünft ab und wird in Kürze in das Jahr 1981 — das Jahr des XXVI. Parteitags der KPdSU, das erste Jahr des neuen, elften Planjahrfünfts — starten. Die Kommunisten und alle Sowjetmenschen bereiten dem Forum der teuren Partei neue Arbeitserfolge. Durch Spitzenleistungen und weitgehend entfalteten sozialistischen Wettbewerb bekunden die Arbeiter, die Kolchosbauern und die Volksintelligenz ihre Treue zur Sache des Kommunismus, die unerschütterliche Einigkeit mit der Partei Lenins.

Das laufende Planjahrfünft wird einen würdigen Platz in der Geschichte der heroischen Taten des Sowjetvolkes einnehmen, das sicher auf dem Weg zum Kommunismus schreitet. Dieses Planjahrfünft bestätigte die Richtigkeit der vom XXIV. und vom XXV. Parteitag der KPdSU erarbeiteten Wirtschaftsstrategie, gerichtet auf eine tiefere Wende der Ökonomik zur Lösung der mannigfaltigen Aufgaben, die mit der Hebung des Volkswohlstandes verbunden sind. Bedeutend gewachsen ist das Wirtschafts-, Verteidigungs- und geistige Potential unserer Heimat. Ein großer Fortschritt wurde in der Entwicklung der Volkswirtschaft, in der Lösung großer und wichtiger sozialer Aufgaben erzielt. Auch in der Innen- und der Außenpolitik verfolgt die Partei den richtigen vom Leben geprüften Leninschen Kurs.

Ein neuer markanter Beweis dafür sind das dieser Tage stattgefundene Plenum des ZK der KPdSU und die vierte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der zehnten Legislaturperiode, die die Entwürfe des Staatsplans der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR und des Staatshaushalts der UdSSR für das Jahr 1981 erörterte, und entsprechende Beschlüsse sowie Gesetze annahmen.

Auf dem Plenum hielt der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Genosse L. I. Breshnew eine große und markante Rede. Sie enthält eine tiefschürfende und allseitige Analyse der Ergebnisse des zehnten Planjahrfünfts und der Pläne für das erste Jahr des elften Planjahrfünfts. Ferner sind darin die Aufgaben auch für das erste Jahr und für das ganze kommende Planjahrfünft festgelegt, sind Mittel zur Lösung dieser Aufgaben gezeigt, sind Schwierigkeiten und Mängel aufgedeckt, Wege zu ihrer Behebung und der Bewegung zu neuen Erfolgen im wirtschaftlichen und sozialen Aufbau gewiesen.

Das Plenum billigte restlos die in der Rede des Genossen L. I. Breshnew dargelegten Thesen und Schlüsse und beschloß, diese der Tätigkeit aller Partei-, Sowjet- und Wirtschaftsorgane, der Gewerkschafts- und Komsomolorganisationen zur Erfüllung und Übererfüllung des Plans für das Jahr 1981, zur besseren Nutzung der Intensivfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung im Interesse der Hebung des Volkswohlstandes zugrunde zu legen.

Die Partei rückte die Hebung des Lebensstandards der Sowjetmenschen in den Mittelpunkt ihrer praktischen Tätigkeit im Wirtschaftsbereich. Für die Hebung des Volkswohlstandes wurden aus dem Nationaleinkommen im zehnten Planjahrfünft 329 Milliarden Rubel mehr verausgabt als im vorhergehenden. Gestiegen sind die Realeinkünfte der Arbeiter, Kolchosbauern und Angestellten. Die Zahlungen und Vergunstigungen aus den gesellschaftlichen Fonds für unentgeltliche Bildung, ärztliche Betreuung, Erholung, materielle Sicherung im Alter wuchsen um 134 Milliarden Rubel an. Für den Wohnungsbau wurden 1,5 Milliarden Rubel mehr Investitionen bereitgestellt, als im Fünfjahrplan vorgemerkt worden war. Etwa 0,5 Milliarden Quadratmeter Wohnfläche werden die Sowjetmenschen im Planjahrfünft erhalten.

Der Hebung des Volkswohlstandes liegt das allgemeine Wachstum der Wirtschaft zugrunde. Das Nationaleinkommen — diese zusammenfassende Kennziffer des Standes der Ökonomik — wird sich in fünf Jahren um 397 Milliarden Rubel vergrößern. Industrieerzeugnisse sollen für 717 Milliarden Rubel und landwirtschaftliche Erzeugnisse für 50 Milliarden Rubel mehr geliefert werden als im vorhergehenden Planjahrfünft. In die Volkswirtschaft wurden 635 Milliarden Rubel investiert, mehr als 1 200 Industriegroßbetriebe liefen an.

Ein großer Fortschritt wurde in der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion erzielt. Im zehnten Planjahrfünft übertraf die jahresdurchschnittliche Getreideernte erstmalig 200 Millionen Tonnen. Hervorgetan haben sich die Ackerbauern Kasachstans, die zum viertenmal in fünf Jahren mehr als 1 Milliarde Pud Getreide an den Staat verkauften und somit ihre Fünfjahrauflagen überboten. Erfüllt wurde auch der Fünfjahrplan in der Baumwollernte.

„Jedes Planjahrfünft", sagte Genosse L. I. Breshnew, „bringt seine Helden hervor. Auch das laufende bildet keine Ausnahme. In Kürze werden wir sein endgültiges Fazit ziehen. Die besten der Besten werden zweifelsohne hohe Auszeichnungen der Heimat erhalten. Aber bereits heute hat das Plenum des ZK der KPdSU allen Grund, Worte der Anerkennung und herzlichen Dankes an alle führenden Kollektive und alle Werktätigen in Stadt und Land zu richten, die für das Gedeihen unseres Landes so viel geleistet haben."

Neben den beeindruckenden und unbestreitbaren Erfolgen in der Volkswirtschaft mußten und müssen nicht geringe Schwierigkeiten überwunden werden. Viele davon wurden durch objektive Momente verursacht — ungünstige Wetterverhältnisse, Erschöpfung vieler alter Lagerstätten von Bodenschätzen, weshalb die Hauptzentren der extraktiven Industrie nach dem Norden und Osten verlagert wurden, zu den objektiven Ursachen kamen noch subjektive hinzu, verbunden mit Mängeln in der Arbeit. Es ist noch nicht gelungen, sagte Genosse L. I. Breshnew, den Leitungs- und Planungsmechanismus, die Methoden der Wirtschaftsführung und die Ausführungsdisziplin auf das Niveau der gegenwärtigen Forderungen zu heben. Das erschwerte die Hinwendung zur Effektivität und die Umstellung der Volkswirtschaft auf den Weg intensiver Entwicklung. Darin liegt auch eine der wichtigen Ursachen für die Nichterfüllung des Plans in einer Reihe von Positionen, für die Mängel und Engpässe in der Volkswirtschaft.

Die Hebung des Volkswohlstandes ist das wichtigste Ziel der Partei. Auf dem Wege zu diesem Ziel müssen nicht wenig große und schwierige Probleme gelöst werden. Auf dem ersten Platz steht darunter die bessere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Obwohl dank der in der Landwirtschaft geleisteten umfangreichen Arbeit im Lande bedeutend mehr ackerbauliche und tierische Erzeugnisse produziert werden, gibt es in der Versorgung der Städte und Industriezentren mit Fleisch und Milch immer noch Schwierigkeiten. Deshalb gilt es, für die Landwirtschaft auch ferner große Investitionen und materielle Ressourcen bereitzustellen. Zugleich gilt es, rapide die Forderungen zu erhöhen, daß diese Mittel und Ressourcen mit optimalem Nutzen eingesetzt werden. Es gilt, den Rückstand einer Reihe von Kolchosen und Sowchosen, Rayons und Gebieten aufzuholen, beharrlich fortschrittliche Erfahrungen auszuwerten, die Arbeits- und Produktionsorganisation zu verbessern. „Besonders wichtig ist es", sagte Genosse L. I. Breshnew, „die Verantwortung der Kader zu heben, die Initiative bei der Arbeit zu fördern, kleinliche Bevormundung und Administrieren gegenüber Leitern und Spezialisten der Kolchose und Sowchose zu vermeiden." Es ist notwendig, energisch und entschieden die sozialen Probleme des Dorfes und seiner Umgestaltung zu lösen — mehr komfortable Wohnungen, Dienstleistungs- und Kultureinrichtungen sowie mehr gute Wege zu bauen.

Das Politbüro des ZK der KPdSU faßte neulich den Beschluß über die Vorbereitung des Lebensmittelprogramms. Darin sollen Fragen der Entwicklung der Landwirtschaft und der sie bedienenden Industriebranchen, der Erfassung, Aufbewahrung, Beförderung und Verarbeitung von Erzeugnissen, Fragen der Entwicklung der Lebensmittelindustrie und des Handels mit Lebensmitteln organisch verbunden werden. Dieser Agroindustrie- und Lebensmittelkomplex muß als Ganzes geplant und geleitet werden und hohe Endergebnisse sichern.

Eine Aufgabe von erstrangiger wirtschaftlicher und politischer Bedeutung ist der rapide Anstieg der Produktion von Konsumgütern. Die Lösung dieser Aufgabe ist wichtig für die Entwicklung der Ökonomik, für die Verstärkung der Arbeitsstimuli und für die Erhöhung der Geldzirkulation. Obwohl in diesem Bereich viel getan wurde (allein im zehnten Planjahrfünft wird die Produktion der Branchen der Gruppe „B" um 40 Milliarden Rubel anwachsen), bleibt die Qualität vieler Erzeugnisse noch niedrig. Oft kommt es zu Störungen im Handel bald mit diesen bald mit anderen Massenbedarfsgütern. Der Ausweg liegt darin, die Produktion dieser Konsumgüter auf der Grundlage eines langfristigen Programms zu entwickeln, das die Bedürfnisse aller Branchen vereinen kann, von denen dies abhängt. Es ist notwendig, das System der Planung und Finanzierung der Branchen der Gruppe „B" zu verbessern und sie in strikte Abhängigkeit vom Handel und vom Konsumenten zu stellen.

Eine große sozialökonomische Aufgabe ist der Wohnungsbau. Es gilt, sein Ausmaß in allen Jahren des elften Planjahrfünfts zu erhalten, dabei die Qualität des Wohnungsbaus zu verbessern. Solche sozialen Fragen wie Verbesserung der Arbeitsbedingungen, des Gesundheitsschutzes, des Bildungswesens und der Kultur erfordern ebenfalls ungeschwächte Aufmerksamkeit.

Der Erfolg einer beliebigen, großen und kleinen Sache hängt letzten Endes von den Menschen und davon ab, wie sie vorbereitet und organisiert, ob ihre Arbeits- und Lebensbedingungen gut sind. Die Menschen wissen die Aufmerksamkeit und die Fürsorge sehr gut zu schätzen und antworten darauf mit Aktivistenarbeit, großen Vorhaben und Taten. „Das aufmerksame und fürsorgliche Verhalten zum Menschen, sagte Genosse L. I. Breshnew, „muß den ganzen Stil der Arbeit der Partei-, Sowjet- und Wirtschaftsorgane und selbstverständlich der Gewerkschaften durchdringen. Dieses Verhalten soll zum integrierenden Bestandteil der Arbeit jedes Leiters — des großen wie des kleinen — werden. Bürokratismus, Gefühllosigkeit und Hochmut dürfen bei unserer sowjetischen Lebensweise nicht vorkommen."

Die Steigerung der Effektivität der Ökonomik und die Intensivierung der gesamten gesellschaftlichen Produktion sind die Grundlage für die Hebung des Volkswohlstands. „Die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR in den Jahren 1981—1985 und für die Zeit bis zum Jahr 1990" müssen im nächsten Planjahrfünft einen großen Fortschritt auf diesem Wege sichern. Der Entwurf dieses wichtigen Parteidokuments wird bald zur volksumfassenden Erörterung veröffentlicht werden. Es gilt, es so einzuleiten, daß die Erörterung den Aufstieg unserer ganzen Wirtschaftstätigkeit fördert.

Der Aufstieg der Ökonomik und ihre Effektivität sind mit der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts untrennbar verbunden. Da die Verbindung der Wissenschaft mit der Produktion und ihre Beeinflussung durch fortschrittliche Ideen praktisch dank den Maschinen und der Technologie erfolgen, gilt es, dem Aufstieg des Maschinenbaus im nächsten Planjahrfünft besondere Beachtung zu schenken. Es handelt sich um die Erneuerung der Grundfonds und die technische Umrüstung verschiedener Wirtschaftssphären, um die Schaffung hochwertiger Maschinen für den Kraftverkehr, das Straßenbau- und das Bauwesen, für die petrolchemische, die Gas- die Leicht- und die Lebensmittelindustrie in nötiger Menge. Besonders wichtig ist es, den Rückstand im Landmaschinenbau aufzuholen, der Landwirtschaft Maschinen, in erster Linie Hackschlepper und Mähdrescher, zu liefern, die den heutigen Forderungen entsprechen. Das, betonte Genosse L. I. Breshnew, würde ermöglichen, einen großen Fortschritt in der Steigerung der Effektivität der Agrarproduktion zu erzielen.

Überaus ernste Aufmerksamkeit verdient die Brenstoff- und Energie- sowie die Rohstoffbasis. In diesem Bereich soll sich auch weiterhin die Kernenergetik entwickeln, sollen Forschungen über die termonukleare Energie ausgeführt und soll die Gewinnung von Naturgas vergrößert werden. Das Politbüro des ZK der KPdSU unterstützte den Vorschlag, ein großangelegtes Programm der beschleunigten Entwicklung der Erdöl- und Gasindustrie Westsibiriens zu erarbeiten. Große Bedeutung gilt der weitgehenden Einsparung von Brenn- und Rohstoffen.

In den Hauptrichtungen wird ein Komplex energischer Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Chemie vorgesehen, um die Produktion von Dünge- und chemischen Pflanzenschutzmitteln, Plasten und Kunstfasern Farbstoffen und Erzeugnissen der Haushaltschemie wesentlich zu vergrößern. Es werden Maßnahmen zur Verbesserung der Lage im Investbau, in der Metallurgie, im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen vorgemerkt.

Eine unerläßliche Voraussetzung für die Steigerung der Produktionseffektivität und für die weitere Hebung des Volkswohlstands auf dieser Grundlage ist die Vervollkommnung der Leitung der Volkswirtschaft. Aus diesem großen und aktuellen Thema sonderte Genosse L. I. Breshnew zwei Fragen heraus: über die weitgehende Nutzung der Zielprogramme bei der Planung und über das richtige Verhältnis zwischen Zentralismus und demokratischen Grundlagen. Nur die Zentrale kann die Volkswirtschaft als Ganzes leiten, sich den ressortgebundenen und lokalpatriotischen Tendenzen widersetzen; um aber ein normales Funktionieren und die Entwicklung der Ökonomik zu sichern, gilt es, die Initiative an der Basis der führenden Kollektive und der Wirtschaftsleiter zu fördern. Das ist das Wesen des demokratischen Zentralismus — des Grundprinzips der Organisation und Verwaltung in der sozialistischen Gesellschaft. Im Juli 1979 wurden wichtige Beschlüsse des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR über die Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus gefaßt. Es kommt jetzt darauf an, sie in der Praxis zu erfüllen.

„Auf uns wartet große Arbeit", sagte Genosse L. I. Breshnew, „In den 80er Jahren muß die Umstellung der Ökonomik auf das Geleise der intensiven Entwicklung abgeschlossen werden, wir müssen die Arbeitsproduktivität und -qualität rapide steigern. Eine unerläßliche Bedingung für Produktionserfolge bleiben die Erhöhung des Niveaus der wirtschaftlichen Arbeit, die Erziehung der Kader zur Sachlichkeit, Verantwortung und Initiative."

Der Staatsplan der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR und der Haushaltsplan der UdSSR für das Jahr 1981 wurden auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR einmütig bestätigt und sind somit rechtskräftig geworden.

Der Plan und der Haushalt für das Jahr 1981 sichern einen weiteren Aufstieg der Ökonomik des ganzen Landes und jeder einzelnen Republik, die Festigung der Verteidigungsmacht, den Ausbau der Außenwirtschaftsbeziehungen. Beträchtliche Mittel werden für die Entwicklung des Brennstoff- und Energiekomplexes, der Landwirtschaft, des Maschinenbaus und des Kraftverkehrs bewilligt. Es sind Maßnahmen zur Konzentration von Ressourcen im Investbau vorgemerkt. Erhöht hat sich das Tempo des Wachstums der Industrie, die Konsumgüter erzeugt. Es sind neue soziale Maßnahmen zur weiteren Hebung des Volkswohlstands, zur Entwicklung der Wissenschaft und Kultur, der Bildung und des Gesundheitsschutzes, der Dienstleistungen und der Sozialfürsorge vorgesehen. All das ist ein neuer Beweis der Fürsorge der Partei für den werktätigen Menschen, für die Befriedigung seiner materiellen und geistigen Bedürfnisse.

Die Sowjetmenschen wissen gut, daß die Partei und der Staat kein größeres Anliegen als die Sorge für das Volkswohl haben. Die Sowjetmenschen wissen auch, daß ihr Wohl durch ihre eigene Arbeit geschaffen wird — durch nichts anderes und niemand anderen, daß man nur, was vom Menschen erzeugt und geschaffen ist, verteilen und verbrauchen kann. Eben daher sind sie fest entschlossen, zum Wohl der Heimat, d. h. auch zum eigenen Wohl, hingebungsvoll zu arbeiten. Der Plan für 1981 ist angespannt, aber real und durchaus erfüllbar. Seine Aufgaben müssen durch eine exakte organisatorische Arbeit, hohe Disziplin und strengste Kontrolle untermauert werden. Es ist wichtig, die Arbeitsaktivität der Massen zu verstärken, den sozialistischen Wettbewerb noch breiter zu entfalten, ihn auf das Endresultat und die Gütekennziffern zu orientieren, fortschrittliche Erfahrungen größtmöglich zu unterstützen und zu verbreiten. Es gilt, das Volkseigentum fürsorglich zu schützen, die Ressourcen rationell zu nutzen, entschieden gegen Verschwendung, Mißwirtschaft und Verantwortungslosigkeit anzukämpfen.

In vollem Gange ist in den Parteiorganisationen die Berichtswahlkampagne, bei der alle Bereiche der Arbeit der Parteiorganisationen sachlich, eindringlich und selbstkritisch erörtert, alles Positive unterstützt, die Unterlassungen und Mängel aufgedeckt werden. Die Kommunisten äußern kritische Bemerkungen und Vorschläge. Die unverzügliche Ergreifung konkreter Maßnahmen (so handeln viele Parteikomitees) fördert die Wirksamkeit der Kritik.

Unverbrüchliches Gesetz unseres Lebens ist Offenkundigkeit und Informiertheit der Massen über die Tätigkeit der Partei. Obwohl die Massenmedien — Presse, Rundfunk und Fernsehen und die Propagandaorgane — ihre Tätigkeit verbessert haben, haben sie noch vieles zur vollen Realisierung des Beschlusses des ZK der KPdSU über die weitere Verbesserung der ideologischen, politischen und Erziehungsarbeit zu leisten.

Die Massenmedien sind berufen, über den Verlauf der Wahlberichtskampagne in den Parteiorganisationen systematisch und allseitig zu berichten, den zutiefst volkstümlichen, humanistischen Charakter der Beschlüsse des Plenums des ZK der KPdSU und der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR zu erläutern, der Partei und dem Staat bei der Organisation der Massen zu ihrer strikten Realisierung zu helfen. Presse, Rundfunk und Fernsehen werden aufgefordert, die Erhabenheit der Arbeit und des Kampfes des Volkes markant und zugänglich zu erläutern, die schöpferischen Initiativen und fortschrittlichen Erfahrungen aktiv zu unterstützen, die Mängel schärfer zu kritisieren und zu ihrer Beseitigung beizutragen.

Das Plenum brachte seine feste Überzeugung zum Ausdruck, daß alle Werktätigen des Landes den XXVI. Parteitag der Leninschen Partei mit neuen Arbeitsleistungen ehren, alle Kräfte, Kenntnisse und Erfahrung für die erfolgreiche Erfüllung des Programms des ersten Jahres des kommenden Planjahrfünfts aufbieten werden.

Geleitet von der Partei Lenins, in die 80er Jahre tretend, verfügt das Sowjetland über ein mächtiges wirtschaftliches und wissenschaftlich-technisches Potential, über vortreffliche hochqualifizierte Kader. Das ermöglicht der Heimat des Oktober, beliebige kompizierte Aufgaben zu lösen und zuversichtlich in die Zukunft zu schauen.

(„Prawda" vom 25. Oktober 1980)

Hochleistungen zum Finish des Planjahrfünfts

Über die Ergebnisse der Erfüllung des Staatsplans für neun Monate des Jahres 1980 durch die Industrie der Kasachischen SSR

Die Kollektive der Industrievereinigungen und -betriebe der Republik haben im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs zur würdigen Ehrung des XXVI. Parteitags der KPdSU den Plan für neun Monate in der Realisierung der Produktion und in der Herstellung der meisten wichtigsten Erzeugnisarten erfüllt. Der Zuwachs der Industrieproduktion betrug 3 Prozent gegenüber der entsprechenden Zeitperiode des Jahres 1979. Die Arbeitsproduktivität stieg an.

Der Mitteilung der Zentralverwaltung für Statistik der Kasachischen SSR zufolge, haben alle wichtigsten Industrieministerien und Gebiete der Republik, außer den Betrieben der Baustoffindustrie und den Gebieten Ksyl-Orda und Nordkasachstan, den Neunmonatsplan in der Realisierung der Erzeugnisse bewältigt. Das höchste Wachstumstempo der Produktion und der Arbeitsproduktivität erzielten die Kollektive der Fischereiwirtschaft, der Holz- und Holzverarbeitungsindustrie, der Fleisch- und Milchsowie der örtlichen Industrie der Republik.

Das höchste Wachstum in der Arbeitsproduktivität gegenüber den neun Monaten im Jahre 1979 erzielten die Kollektive der Industriebetriebe des Gebiets Zelinograd — 106 Prozent, der Stadt Alma-Ata — 105, der Gebiete Dshambul, Taldy-Kurgan, Turgai und Uralsk — 103 Prozent.

Überboten ist der Neunmonatsplan in der Eisen- und Mangangewinnung, in der Förderung von Erdöl, Gas und Kokerkohle, in der Erzeugung von Koks, in der Herstellung von Walzausrüstungen, Traktoren, Asbestschiefer, Asbestzementrohren, Baumwollstoffen, Konfektionen, Strumpf- und Sockenerzeugnissen sowie einigen anderen Erzeugnisarten.

Etwas besser wurden die technisch-ökonomischen Kennziffern der Arbeit einzelner Industriebranchen und die Qualität der Erzeugnisse. Es wurde die Serienfertigung von mehr als 60 neuen Erzeugnisarten aufgenommen. Der Produktionsumfang von Erzeugnissen höchster Gütekategorie vergrößerte sich um 13 Prozent gegenüber der entsprechenden Zeitperiode des Vorjahrs.

Zugleich haben einzelne Produktionsvereinigungen und Betriebe, heißt es in der Mitteilung der Zentralverwaltung für Statistik, ihre festgelegten Aufgaben in der Produktion und Realisierung von Erzeugnissen, in der Steigerung der Arbeitsproduktivität, Senkung der Selbstkosten und in der Akkumulation nicht bewältigt. Nicht erfüllt wurde der Plan in der Kohlengewinnung, in der Energieerzeugung, in der Produktion von Gußeisen und Stahl, von Eisenwalzgut, Mineraldüngern, Schwefelsäure, gelbem Phosphor, Kunstharz und Plasten, Baggern, Seife und synthetischen Waschmitteln, Kulturund Haushaltswaren und einigen anderen Erzeugnisarten.

Einige Produktionsvereinigungen und Betriebe haben die Lieferung von Erzeugnissen an die Konsumenten gemäß den abgeschlossenen Verträgen und Aufträgen nicht vollständig gesichert.

Inspiriert durch die Beschlüsse des Oktoberplenums (1980) des ZK der KPdSU und die Programmrede des Genossen L. I. Breshnew auf dem Plenum, zielen die Werktätigen der Industrie ihre Bemühungen auf die Beseitigung der Mängel, die weitere Steigerung der Effektivität der Produktion und der Qualität der Arbeit, auf die Erfüllung der Auflagen des Abschlußjahres des zehnten Planjahrfünfts. Das wird ihnen helfen, neue Reserven der Arbeitsproduktivität zu ermitteln und zu nutzen und diese im Produktionsaufgebot zu Ehren des bevorstehenden Parteitags noch mehr zu steigern.

(KasTAG)

Erhöhte Verpflichtungen

Die Viehzüchter der spezialisierten Rayonwirtschaftsvereinigung Schortandy haben in den zehn Monaten des Abschlußjahres gut abgeschnitten: Die Aufgaben im Fleisch- und Milchverkauf an den Staat sind bedeutend überboten, die Arbeitsproduktivität ist wesentlich gestiegen.

„Das Jahr 1980 hat für alle unsere Brigaden eine besondere Bedeutung," erzählt der Leiter der Abteilung Nr. 2 Nikolai Benks. „Wir wollen über die Erfüllung der Fünfjahraufgabe vor dem Termin berichten, außerdem ist es das Jahr der Vorbereitung zum XXVI. Parteitag der KPdSU, und alle Viehzüchterbrigaden sind bestrebt, nur hochqualitative Arbeit zu leisten. Besonders gut arbeiten die Kollektive von Heinrich Rimmer, Viktor Kalyschew und Iwan Mitin. In diesen Brigaden nehmen die Tiere täglich 660 Gramm zu, das Futter wird rationell verbraucht und verteilt, die meisten Arbeitsvorgänge sind mechanisiert. Die Leistungen dieser Brigaden sind heute im ganzen Gebiet bekannt. Sie waren auch unter den ersten im Tschimer Rayon angegangen, die die Erfahrungen der Viehzüchter aus dem Gebiet Lwow in ihre Arbeitspraxis einführten und dadurch noch höhere Erfolge erzielten. Heute arbeiten alle Viehzüchter der Vereinigung fleißig an der Erfüllung ihrer angespannten Verpflichtungen zum nahenden Parteitag.

Olga LANG,
Sekretärin des Dorfsowjets Schortandy

Gebiet Zelinograd

M. H. Mariam in Moskau eingetroffen

Der Vorsitzende des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates und der Kommission zur Organisation der Partei der Werktätigen Äthiopiens, Mengistu Haile Mariam, ist am 27. Oktober in Moskau eingetroffen. Er folgt einer Einladung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und der Sowjetregierung.

Auf dem Flughafen wurde der Gast vom Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, L. I. Breshnew, vom Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR N. A. Tichonow, vom Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Minister für Auswärtige Angelegenheiten A. A. Gromyko, sowie vom Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK der KPdSU B. N. Ponomarjow und weiteren Persönlichkeiten begrüßt.

(TASS)

Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR

Über die Inkraftsetzung der Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken über administrative Rechtsverletzungen

Im Zusammenhang mit der Annahme der Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken über administrative Rechtsverletzungen beschließt der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:

1. Die Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken über administrative Rechtsverletzungen ab 1. März 1981 in Kraft zu setzen.

2. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zu beauftragen, die Ordnung der Inkraftsetzung der Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken über administrative Rechtsverletzungen festzulegen und die Gesetzgebung der UdSSR mit den Grundlagen in Übereinstimmung zu bringen.

3. Die Obersten Sowjets der Unionsrepubliken zu beauftragen, die Gesetzgebung der Unionsrepubliken in Übereinstimmung mit den Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken über administrative Rechtsverletzungen in Übereinstimmung zu bringen.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR
L. BRESHNEW

Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR
M. GEORGADSE

Moskau, Kreml, 23. Oktober 1980

Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken über administrative Rechtsverletzungen

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1. Aufgaben der Gesetzgebung über administrative Rechtsverletzungen.

Die Gesetzgebung über administrative Rechtsverletzungen hat zur Aufgabe den Schutz der Gesellschaftsordnung der UdSSR, des sozialistischen Eigentums, der sozialökonomischen, politischen und persönlichen Rechte und Freiheiten der Bürger sowie der Rechte und gesetzlichen Interessen der Betriebe, Anstalten und Organisationen, der festgelegten Ordnung der Leitung, der staatlichen und öffentlichen Ordnung, die Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit, Vorbeugung gegen Rechtsverletzungen, Erziehung der Bürger im Geiste der exakten und strikten Befolgung der Verfassung der UdSSR und der sowjetischen Gesetze, im Sinne der Achtung der Rechte, der Ehre und der Würde der anderen Bürger, der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens, im Sinne der gewissenhaften Erfüllung ihrer Pflichten und der Verantwortung vor der Gesellschaft.

Artikel 2. Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken über administrative Rechtsverletzungen

Die Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken über administrative Rechtsverletzungen besteht aus den vorliegenden Grundlagen, die die Prinzipien und allgemeinen Bestimmungen dieser Gesetzgebung festlegen, den Gesetzgebungsakten der UdSSR und den Beschlüssen des Ministerrats der UdSSR, den Gesetzbüchern und anderen Gesetzgebungsakten der Unionsrepubliken und Beschlüssen der Ministerräte der Unionsrepubliken über administrative Rechtsverletzungen, die in Übereinstimmung mit diesen Grundlagen herausgegeben werden.

Artikel 3. Kompetenz der UdSSR und der Unionsrepubliken im Bereich der Gesetzgebung über administrative Rechtsverletzungen.

Zur Kompetenz der UdSSR im Bereich der Gesetzgebung der UdSSR über administrative Rechtsverletzungen gehören:

Festlegung der Prinzipien und allgemeinen Bestimmungen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken über administrative Rechtsverletzungen;

Festlegung der administrativen Verantwortung für die Verletzung der Vorschriften: über Standardisierung und Qualität der Erzeugnisse; über Herstellung und Unterhaltung von Meßmitteln und ihre Nutzung; über Evidenzführung und Statistik; über Verkehrssicherheit und Nutzung der Eisenbahn-, Luft- und Seeverkehrsmittel sowie der Rohrleitungsmittel; über den Verkehr; über die Erfassung der Wehrpflichtigen; über die Grenzordnung; über die Meldepflicht; über den Erwerb, die Aufbewahrung und die Nutzung von Waffen, Spreng- und radioaktiven Stoffen und anderen Objekten mit Zerstörungskraft; über den Schutz des Territoriums der UdSSR vor der Einschleppung und Verbreitung von Quarantäne- und anderen Infektionskrankheiten; der Vorschriften über den Zoll und über die Bekämpfung der Konterbande; der Vorschriften über den Devisenumlauf; der Vorschriften über den Aufenthalt von ausländischen Bürgern und Staatenlosen in der UdSSR;

Festlegung, falls es notwendig ist, der Ordnung der Behandlung von Fällen einzelner Arten administrativer Rechtsverletzungen, für die Verantwortung durch die die Gesetzgebung der UdSSR bestimmt wird.

Zur Kompetenz der UdSSR gehört ferner die Gesetzgebung über administrative Rechtsverletzungen in anderen Fragen von Unionsbedeutung.

Zur Kompetenz der Unionsrepublik gehört:

die Gesetzgebung über administrative Rechtsverletzungen in Fragen, die nicht zur Kompetenz der UdSSR gehören;

Festlegung des Fragenkreises, wo die örtlichen Sowjets der Volksdeputierten, außer den Sitzungs- und Dorfsowjets, im von Gesetzgebungsakten festgelegten Rahmen Beschlüsse fassen dürfen, für deren Verletzung administrative Verantwortung vorgesehen ist.

Artikel 4. Vorbeugung gegen administrative Rechtsverletzungen

Die Staatsorgane, gesellschaftlichen Organisationen und Arbeitskollektive erarbeiten und realisieren Maßnahmen, gerichtet auf die Vorbeugung gegen administrative Rechtsverletzungen, auf die Ermittlung und Beseitigung der Ursachen und Bedingungen, die zur Begehung derselben beigetragen haben, auf die Erziehung der Bürger im Geiste hoher Bewußtheit und Disziplin sowie strikter Befolgung der sowjetischen Gesetze.

Die Sowjets der Volksdeputierten, die in Übereinstimmung mit der Verfassung der UdSSR die Befolgung der Gesetze und den Schutz der staatlichen und öffentlichen Ordnung sowie der Bürgerrechte gewährleisten, koordinieren auf ihrem Territorium die Arbeit aller staatlichen und gesellschaftlichen Organe zur Vorbeugung gegen Rechtsverletzungen; leiten die Tätigkeit der Organe des Inneren, der Administrativkommissionen, der Kommission für Jugendangelegenheiten und anderer ihnen unterstellter Organe, die administrative Rechtsverletzungen zu bekämpfen haben.

Artikel 5. Gewährleistung der sozialistischen Gesetzlichkeit beim Ergreifen von Strafmaßnahmen für administrative Rechtsverletzungen

Niemand darf einer Strafmaßnahme anders unterzogen werden als auf Grund der Gesetzgebung und in der von ihr festgelegten Ordnung.

Das Strafverfahren für administrative Rechtsverletzungen erfolgt auf der Grundlage einer strikten Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit.

Das Ergreifen administrativer Strafmaßnahmen durch die dazu bevollmächtigten Organe und Amtspersonen erfolgt im Rahmen ihrer Kompetenz in strikter Übereinstimmung mit der Gesetzgebung.

Die Befolgung der Forderungen der Gesetzgebung beim Ergreifen von Strafmaßnahmen für administrative Rechtsverletzungen wird gewährleistet durch die systematische Kontrolle seitens der höherstehenden Organe und Amtspersonen, durch die staatsanwaltschaftliche Aufsicht, das Recht auf Beschwerde und andere von der Gesetzgebung festgelegte Verfahren.

Artikel 6. Gültigkeit der Gesetzgebung über die Verantwortung für administrative Rechtsverletzungen

Die Person, die eine administrative Rechtsverletzung begangen hat, ist verantwortlich auf Grund der Gesetzgebung, die zur Zeit und am Ort der Begehung der Rechtsverletzung gültig ist.

Akte, die die Verantwortung für administrative Rechtsverletzungen beseitigen oder sie aufheben, haben eine rückwirkende Kraft, d. h. sie erstrecken sich auch auf die Rechtsverletzungen, die vor der Veröffentlichung des Gesetzes begangen wurden. Akte, die die Verantwortung für administrative Rechtsverletzungen verschärfen oder sie erhöhen, haben keine rückwirkende Kraft.

Die Durchführung des Verfahrens in Sache administrativer Rechtsverletzungen erfolgt auf Grund der Gesetzgebung, die zur Zeit und am Ort der Behandlung des Falls über Rechtsverletzungen gültig ist.

Abschnitt II

Administrative Rechtsverletzungen und administrative Verantwortung

Artikel 7. Definierung der administrativen Rechtsverletzung

Als administrative Rechtsverletzung (Vergehen) wird eine gesetzwidrige, schuldige (vorsätzliche oder fahrlässige) Handlung oder Untätigkeit gewertet, die die staatliche oder öffentliche Ordnung, das sozialistische Eigentum, die Rechte und Freiheiten der Bürger oder das festgelegte Verwaltungsverfahren gefährden; dafür ist in der Gesetzgebung eine administrative Verantwortung vorgesehen.

Artikel 8. Personen, die einer administrativen Verantwortung für administrative Rechtsverletzungen unterliegen

Einer administrativen Verantwortung werden Personen unterzogen, die zum Moment der Begehung der administrativen Rechtsverletzung das Alter von 16 Jahren erreicht haben.

Gegen Personen im Alter von 16 bis 18 Jahren, die administrative Rechtsverletzungen begangen haben, werden Maßnahmen ergriffen, die in den Bestimmungen für Jugendangelegenheiten vorgesehen sind und von den Präsidien der Obersten Sowjets der Unionsrepubliken bestätigt werden; bei unmittelbar in den Gesetzgebungsakten der UdSSR vorgesehenen Fällen werden diese Personen der administrativen Verantwortung auf allgemeiner Grundlage unterzogen.

Amtspersonen unterliegen der administrativen Verantwortung für administrative Rechtsverletzungen, die mit der Nichtbefolgung der festgelegten Regeln im Bereich des Schutzes der Verwaltungsordnung, der staatlichen und öffentlichen Ordnung, des Naturschutzes bzw. des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung und anderer Regeln verbunden sind und deren gesicherte Erfüllung zu ihrer Amtspflicht gehört.

Die sich auf dem Territorium der UdSSR befindlichen ausländischen Bürger und Staatenlosen unterliegen der administrativen Verantwortung auf derselben Grundlage wie die Bürger der UdSSR. Die Frage der Verantwortung für administrative Rechtsverletzungen, die auf dem Territorium der UdSSR von ausländischen Bürgern begangen wurden, die gemäß dem geltenden Gesetz und dem internationalen Vertrag der UdSSR Immunität gegen administrative Jurisdiktion der UdSSR und der Unionsrepubliken besitzen, wird auf diplomatischem Wege gelöst.

Eine Person, die im Notstand, in der Notwehr oder in unzurechnungsfähigem Zustand gehandelt hat, unterliegt keiner administrativen Verantwortung.

Artikel 9. Verantwortung von Militärangehörigen oder anderen Personen, die sich die Kraft der Disziplinarordnung erstreckt, für Begehung administrativer Rechtsverletzungen

Militärangehörige und zu kurzen Lehrgängen einberufene Wehrdienstpflichtige sowie Personen des Mannschafts- und Leitungsbestandes der Innenorgane tragen Verantwortung für administrative Rechtsverletzungen gemäß der Disziplinarordnung. Für die Verletzung der Verkehrs-, Jagd- und Fischereivorschriften sowie der Regeln des Schutzes der Fischvorräte, der Zollvorschriften sowie für Konterbande tragen besagte Personen administrative Verantwortung auf allgemeiner Grundlage. Gegen besagte Personen dürfen keine Geldstrafen, Besserungsarbeiten und administrativer Arrest angewandt werden.

Die anderen Personen, außer den im ersten Teil des vorliegenden Artikels genannten, auf die sich die Kraft der Disziplinarordnung oder der Sonderbestimmungen über Disziplin erstreckt, tragen in den darin direkt vorgesehenen Fällen disziplinarische Verantwortung für Begehung administrativer Rechtsverletzungen, in allen anderen Fällen — administrative Verantwortung auf allgemeiner Grundlage.

In den im ersten Teil des vorliegenden Artikels genannten Fällen dürfen die Organe (Amtspersonen), denen das Recht, Verwaltungsstrafen zu verhängen, gewährt ist, statt Strafen zu verhängen, die Materialien über Rechtsverletzungen an entsprechende Organe weiterleiten zur Heranziehung der Schuldigen zur disziplinarischen Verantwortlichkeit.

Artikel 10. Abgabe von Materialien über administrative Rechtsverletzungen zur Behandlung an das Kameradschaftsgericht, die gesellschaftliche Organisation oder das Arbeiterkollektiv

Eine Person, die eine administrative Rechtsverletzung begangen hat, wird von der administrativen Verantwortung unter Abgabe der Materialien zur Behandlung an das Kameradschaftsgericht, die gesellschaftliche Organisation oder das Arbeiterkollektiv befreit, wenn unter Berücksichtigung des Charakters der begangenen Rechtsverletzung und der Persönlichkeit des Rechtsverletzers es als zweckdienlich erscheint, Maßnahmen öffentlicher Einwirkung zu ergreifen.

Artikel 11. Möglichkeit der Befreiung von administrativer Verantwortung bei geringfügiger Rechtsverletzung

Bei geringfügiger administrativer Rechtsverletzung darf das für die Entscheidung des Falls bevollmächtigte Organ (Amtsperson) den Verletzer von der administrativen Verantwortung befreien und sich auf einen mündlichen Verweis beschränken.

Artikel 12. Arten der Verwaltungsstrafen

Für Begehung administrativer Rechtsverletzungen dürfen folgende Verwaltungsstrafen angewandt werden:

1. Verwarnung;
2. Geldstrafe;
3. Vergeltende Beschlagnahme des Gegenstands, der Werkzeug oder unmittelbares Objekt der administrativen Rechtsverletzung war;
4. Konfiszierung des Gegenstandes, der Werkzeug oder unmittelbares Objekt der administrativen Rechtsverletzung war;
5. Entzug des dem Bürger gewährten Sonderrechts (des Rechts auf Lenkung der Verkehrsmittel, des Jagdrechts);
6. Besserungsarbeiten;
7. Administrativer Arrest.

Die in den Punkten 3 bis 6 des vorliegenden Artikels aufgezählten Verwaltungsstrafen dürfen nur durch Gesetzgebungsakte der UdSSR und der Unionsrepubliken, administrativer Arrest darf durch Gesetzgebungsakte der UdSSR festgelegt werden.

Vergeltende Beschlagnahme und Konfiszierung der Gegenstände können als Haupt- und auch als zusätzliche Verwaltungsstrafen angewandt werden; andere im ersten Teil des vorliegenden Artikels aufgezählte Verwaltungsstrafen können nur als Hauptverwaltungsstrafen angewandt werden.

Für eine administrative Rechtsverletzung kann eine Hauptverwaltungsstrafe oder eine Haupt- und eine zusätzliche Strafe verhängt werden.

Durch Gesetzgebungsakte der UdSSR und der Unionsrepubliken können auch andere außer den im gegebenen Artikel aufgezählten Verwaltungsstrafen festgelegt werden in Übereinstimmung mit den Prinzipien und allgemeinen Bestimmungen der vorliegenden Grundlagen.

Die Gesetzgebung der UdSSR kann eine administrative Ausweisung ausländischer Bürger oder Staatenloser aus der UdSSR vorsehen für Begehung administrativer Rechtsverletzungen, die die sowjetische Rechtsordnung in grober Weise übertreten.

Artikel 13. Verwarnung

Die Verwarnung als Verwaltungsstrafe wird in schriftlicher Form erteilt. In den von der Gesetzgebung extra vorgesehenen Fällen wird die Verwarnung in anderer festgelegter Form fixiert.

Artikel 14. Geldstrafe

Die über Bürger für administrative Rechtsverletzungen verhängte Geldstrafe darf in der Regel nicht 10 Rubel, über Amtspersonen nicht 50 Rubel überschreiten.

Falls es notwendig ist, die Verantwortung für einzelne Arten der administrativen Rechtsverletzungen zu erhöhen, kann die Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken Geldstrafen festlegen — 50 Rubel für Bürger und bis 100 Rubel für Amtspersonen.

In Ausnahmefällen, im Zusammenhang mit der Erfüllung von Pflichten, die aus den internationalen Verträgen der UdSSR resultieren, und bei besonderer Notwendigkeit, die administrative Verantwortung zu verstärken, kann durch Gesetzgebungsakte der UdSSR eine höhere Geldstrafe festgelegt werden, als die im vorliegenden Artikel vorgesehene.

Artikel 15. Vergeltende Beschlagnahme des Gegenstandes, der Werkzeug oder unmittelbares Objekt der administrativen Rechtsverletzung war

Die vergeltende Beschlagnahme des Gegenstands, der Werkzeug oder unmittelbares Objekt der administrativen Rechtsverletzung war, besteht in seiner zwangsmäßigen Beschlagnahme, der darauffolgenden Realisierung und der Übergabe des Erlöses an den ehemaligen Besitzer unter Abzug der Ausgaben für die Realisierung des beschlagnahmten Gegenstands.

Die Ordnung der Anwendung der vergeltenden Beschlagnahme und die Arten der Gegenstände, die einer Beschlagnahme unterliegen, werden von der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken festgelegt.

Artikel 16. Konfiszierung des Gegenstands, der Werkzeug oder unmittelbares Objekt der administrativen Rechtsverletzung war

Die Konfiszierung des Gegenstands, der Werkzeug oder unmittelbares Objekt der administrativen Rechtsverletzung war, besteht in der zwangsmäßigen unentgeltlichen Umwandlung dieses Gegenstands in Staatseigentum. Konfisziert werden kann nur ein Gegenstand, der persönliches Eigentum des Rechtsverletzers ist, wenn die Gesetzgebungsakte der UdSSR nichts anderes vorsehen.

Die Ordnung der Anwendung der Konfiszierung und das Verzeichnis der Gegenstände, die keiner Konfiszierung unterliegen, werden von der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken festgelegt.

Artikel 17. Entzug des dem jeweiligen Bürger gewährten Sonderrechts

Der Entzug des dem jeweiligen Bürger des Rechts auf Lenkung der Verkehrsmittel, des Jagdrechts) erfolgt für eine Frist bis zu drei Jahren für grobe oder systematische Verletzung der Ordnung der Nutznießung dieses Rechts.

Der Entzug des Rechts auf Lenkung der Verkehrsmittel darf nicht gegenüber Personen angewandt werden, die diese Mittel wegen Invalidität, mit Ausnahme der Fälle der Lenkung in trunkenem Zustand, nutzen.

Der Entzug des Jagdrechts darf gegen Personen nicht angewandt werden, für die die Jagd die wichtigste Existenzquelle ist.

Artikel 18. Besserungsarbeiten

Besserungsarbeiten mit ihrer Verbindung am ständigen Arbeitsort werden gegenüber der Person, die eine administrative Rechtsverletzung begangen hat, für eine Frist bis zu zwei Monaten und mit 20 Prozent Gehaltsabzug für das Einkommen des Staates angewandt. Besserungsarbeiten werden vom Rayon- (Stadt-)volksgericht (Volksrichter) festgelegt.

Artikel 19. Administrativer Arrest

Der administrative Arrest wird nur in außerordentlichen Fällen für einzelne Arten administrativer Rechtsverletzungen für eine Frist bis zu fünfzehn Tagen festgelegt und vorgenommen.

Der administrative Arrest wird vom Rayon-(Stadt-)volksgericht (Volksrichter) festgelegt.

Der administrative Arrest darf nicht verübt werden gegenüber schwangeren Frauen, gegenüber Frauen, die Kinder im Alter bis zwölf Jahren haben, gegenüber Personen, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht erreicht haben, und gegenüber Invaliden der ersten und der zweiten Gruppe.

Artikel 20. Umstände, die die Verantwortung für die administrative Rechtsverletzung mildern

Als Umstände, die die Verantwortung für die administrative Rechtsverletzung mildern, werden anerkannt:

1) die aus ehrlichem Herzen kommende Reue;

2) Verhütung schädlicher Folgen der Rechtsverletzung, freiwillige Ersatzleistung oder Beseitigung des zugefügten Schadens durch den Schuldigen;

3) Begehung der Rechtsverletzung unter dem Einfluß starker innerer Aufregung oder bei Zusammentreffen schwerer persönlicher oder familialer Umstände;

4) Begehung der Rechtsverletzung durch Minderjährige;

5) Begehung der Rechtsverletzung durch eine schwangere Frau oder eine Frau, die ein Kind im Alter bis zu einem Jahr hat.

Durch die Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken können auch andere Umstände, die die Verantwortung für die administrative Rechtsverletzung mildern, vorgesehen werden. Das Organ (die Amtsperson), das den Fall über administrative Rechtsverletzung verhandelt, kann auch in der Gesetzgebung nicht erwähnte Umstände als mildernd anerkennen.

Artikel 21. Umstände, die die Verantwortung für administrative Rechtsverletzung erschweren

Als Umstände, die die Verantwortung für administrative Rechtsverletzung erschweren, werden anerkannt:

1) Fortsetzung des rechtswidrigen Betragens trotz der Forderung der bevollmächtigten Personen, es einzustellen;

2) wiederholte Begehung einer gleichartigen Rechtsverletzung im Laufe eines Jahres, für die die Person schon einer Verwaltungsstrafe unterzogen worden ist;

Begehung der Rechtsverletzung durch eine Person, die vorher ein Verbrechen begangen hat;

3) Heranziehung eines Minderjährigen zur Rechtsverletzung;

4) Begehung einer Rechtsverletzung durch eine Gruppe von Personen;

5) Begehung einer Rechtsverletzung während einer Naturkatastrophe oder bei anderen außerordentlichen Umständen;

6) Begehung einer Rechtsverletzung in betrunkenem Zustand. Das Organ (die Amtsperson), das eine Verwaltungsstrafe verhängt, kann je nach Charakter der administrativen Rechtsverletzung diesen Umstand nicht als erschwerend anerkennen.

Artikel 22. Allgemeine Vorschriften der Verhängung einer Ordnungsstrafe für administrative Rechtsverletzung

Die Ordnungsstrafe für administrative Rechtsverletzung wird in den durch den Normativakt vorgesehenen Grenzen verhängt, der die Verantwortung für die begangene Rechtsverletzung in genauer Übereinstimmung mit diesen Grundlagen, Gesetzbüchern der Unionsrepubliken und anderen Akten über administrative Rechtsverletzungen vorsieht.

Bei der Verhängung einer Ordnungsstrafe werden der Charakter der begangenen Rechtsverletzung, die Person des Verletzers, der Grad seiner Schuld, die Vermögenslage sowie die Umstände berücksichtigt, die die Verantwortung mildern oder erschweren.

Artikel 23. Fristen für Verhängung einer Verwaltungsstrafe

Die Verwaltungsstrafe kann nicht später als zwei Monate nach Begehung der Rechtsverletzung und bei fortdauernder Rechtsverletzung nicht später als zwei Monate nach ihrer Aufdeckung verhängt werden.

Im Falle des Verzichts auf die Einleitung eines Strafverfahrens oder der Einstellung des Kriminalfalls, doch beim Vorliegen von Merkmalen der administrativen Rechtsverletzung in den Handlungen des Verletzers kann die Ordnungsstrafe nicht später als einen Monat seit Annahme des Beschlusses über Verzicht auf die Einleitung eines Strafverfahrens oder über seine Einstellung verhängt werden.

Die in diesem Artikel genannten Fristen verbreiten sich nicht auf Fälle der Entziehung von Schmuggelwaren, die anhand des Zollgesetzbuchs der UdSSR vorgenommen wird.

Artikel 24. Frist, nach deren Ablauf die Person nicht als einer Verwaltungsstrafe unterzogen gehalten wird

Wenn die Person, die einer Verwaltungsstrafe unterzogen wurde, im Laufe eines Jahres seit Abschluß der Vollstreckung der Ordnungsstrafe keine neue administrative Rechtsverletzung begangen hat, so wird diese Person nicht als einer Verwaltungsstrafe unterzogen gehalten.

Artikel 25. Auferlegung der Verantwortung, den zugefügten Schaden zu ersetzen

Falls durch Verübung einer administrativen Rechtsverletzung ein Vermögensschaden dem Bürger, dem Betrieb, der Institution oder Organisation zugefügt worden ist, so sind die Verwaltungskommission, das Vollzugskomitee des Stadtlings- und des Dorfsowjets der Volksdeputierten, die Komission für Angelegenheiten der Minderjährigen sowie der Volksrichter bei der Entscheidung der Frage über die Verhängung der Ordnungsstrafe für administrative Rechtsverletzung berechtigt, gleichzeitig die Frage über den Ersatz des Vermögensschadens durch den Schuldigen zu lösen, wenn dieser Schaden nicht 50 Rubel übertrifft und das Rayon-(Stadt-)volksgericht — unabhängig von der Schadenhöhe.

In anderen Fällen wird die Frage über den Ersatz des durch administrative Rechtsverletzung zugefügten Vermögensschadens im Zivilgerichtsverfahren gelöst.

Abschnitt III

Organe, die zur Verhandlung der Sache über administrative Rechtsverletzungen bevollmächtigt sind

Artikel 26. Organe (Amtspersonen), die zur Verhandlung der Sache über administrative Rechtsverletzungen bevollmächtigt sind.

Die Sachen über administrative Rechtsverletzungen werden verhandelt:

1) von Verwaltungskommissionen bei den Vollzugskomitees der Rayon-, Stadtbezirks-, Siedlungs- und Dorfsowjets der Volksdeputierten;

2) von den Vollzugskomitees der Siedlungs- und Dorfsowjets der Volksdeputierten;

3) von den Rayon-(Stadt-), Stadtbezirkskommissionen für Angelegenheiten der Minderjährigen;

4) von Rayon-(Stadt-)volksgerichten (Volksrichtern);

5) von Organen für Innere Angelegenheiten, Organen der Staatsinspektionen und anderen Organen (Amtspersonen), die durch die Gesetzgebungsakte der UdSSR dazu bevollmächtigt sind.

Artikel 27. Verwaltungskommissionen, Vollzugskomitees der Siedlungs- und Dorfsowjets der Volksdeputierten

Die Verwaltungskommissionen bei den Vollzugskomitees der Rayon-, Stadt-, Stadtbezirks-, Siedlungs- und Dorfsowjets der Volksdeputierten verhandeln alle Sachen über administrative Rechtsverletzungen, mit Ausnahme der Fälle, die entsprechend diesen Grundlagen zur Kompetenz anderer Organe (Amtspersonen) gehören.

Die Verwaltungskommissionen werden von den entsprechenden Sowjets der Volksdeputierten in folgender Zusammensetzung: Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, verantwortlicher Sekretär sowie Mitglieder der Kommission, gebildet. Den Verwaltungskommissionen bei den Vollzugskomitees der Rayon-, Stadt-, Stadtbezirkskomitees der Sowjets der Volksdeputierten gibt es eine Stellung des hauptamtlichen verantwortlichen Sekretärs der Kommission. Die Ordnung der Tätigkeit der Verwaltungskommissionen wird durch die Gesetzgebung der Unionsrepubliken festgelegt.

Die Vollzugskomitees der Siedlungs- und Dorfsowjets der Volksdeputierten verhandeln die Fälle der administrativen Rechtsverletzungen, die gemäß den Gesetzgebungsakten der UdSSR und der Unionsrepubliken zu ihrer Kompetenz gehören.

Artikel 28. Kommissionen für Angelegenheiten der Minderjährigen

Die Sachen über administrative Rechtsverletzungen der Minderjährigen werden von den Rayon-, (Stadt-) sowie Stadtbezirkskommissionen für Angelegenheiten der Minderjährigen verhandelt, wenn nichts anderes durch die Gesetzgebungsakte der UdSSR vorgesehen ist..

Die Rayon-(Stadt-) und Stadtbezirkskommissionen für Angelegenheiten der Minderjährigen werden von entsprechenden Sowjets der Volksdeputierten in folgender Zusammensetzung gebildet: Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, hauptamtlicher verantwortlicher Sekretär und Kommissionsmitglieder.

Wenn nötig, kann in die Kommission auch das Amt eines Inspekteurs für Arbeit mit Kindern aufgenommen werden.

Die Ordnung der Verhandlung der Fälle der administrativen Rechtsverletzungen in den besagten Kommissionen wird durch die Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken festgelegt.

Artikel 29. Volksgerichte (Volksrichter)

Die Rayon-(Stadt-)volksgerichte (Volksrichter) verhandeln in Sachen der administrativen Rechtsverletzungen, die laut diesen Grundlagen anderen Gesetzgebungsakten der UdSSR sowie den Gesetzgebungsakten der Unionsrepubliken gehören.

Die Ordnung der Verhandlung der Fälle der administrativen Rechtsverletzungen in den Volksgerichten wird durch die Gesetzgebungsakte der UdSSR und der Unionsrepubliken festgelegt.

Artikel 30. Organe für innere Angelegenheiten, Organe der staatlichen Inspektionen, andere Organe, die für die Verhandlung der Fälle der administrativen Rechtsverletzungen zuständig sind.

Die Organe für Innere Angelegenheiten, die Organe der Staatlichen Inspektionen und andere bevollmächtigte Organe (Punkt 5 des Artikels 26) verhandeln die Fälle der administrativen Rechtsverletzungen, die laut der Gesetzgebungsakte der UdSSR zu ihrer Kompetenz gehören.

Die Ordnung der Verhandlung der Fälle der administrativen Rechtsverletzungen wird in den besagten Organen durch die Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken festgelegt.

Amtspersonen, die im Namen der im Teil 1 dieses Artikels erwähnten Organe die Fälle der administrativen Rechtsverletzungen verhandeln, werden durch die Gesetzgebungsakte der UdSSR und die Beschlüsse des Ministerrats der UdSSR festgelegt.

Abschnitt IV

Strafverfahren bei administrativen Rechtsverletzungen

Artikel 31. Aufgaben des Strafverfahrens bei administrativen Rechtsverletzungen.

Aufgaben des Strafverfahrens bei administrativen Rechtsverletzungen sind: rechtzeitige, allseitige, volle und objektive Klarstellung der Umstände jeder Sache, ihre Entscheidung in genauer Übereinstimmung mit der Gesetzgebung, die Sicherung der Vollstreckung des gefällten Urteils sowie die Ergründung der Ursachen und Verhältnisse, die die Begehung administrativer Rechtsverletzungen begünstigen, Vorbeugung gegen Rechtsverletzungen, Erziehung der Bürger im Geiste der Einhaltung der Gesetze, Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit.

Artikel 32. Protokoll über administrative Rechtsverletzung

Über die Begehung einer administrativen Rechtsverletzung wird ein Protokoll von den dazu bevollmächtigten Amtspersonen oder vom Vertreter der Massenorganisation oder des aus eigener Initiative tätig werdenden gesellschaftlichen Organs aufgenommen. Im Protokoll werden angegeben: Datum und Ort seiner Aufnahme, Posten, Vor-, Familien- und Vatersname der Person, die das Protokoll aufgestellt hat, Angaben über die Person des Verletzers; Ort, Zeit der Begehung und das Wesen der administrativen Rechtsverletzung; Normativakt, der die Verantwortung für diese Rechtsverletzung vorsieht; Namen und Adressen der Zeugen und Geschädigten, wenn sie vorliegen; Erklärung des Verletzers; andere Angaben zur Entscheidung des Falls.

Das Protokoll wird von der Person, die es aufgestellt hat, sowie von der Person, die die administrative Rechtsverletzung begangen hat, unterzeichnet; bei Vorhandensein der Zeugen und Geschädigten kann das Protokoll auch von diesen Personen unterzeichnet werden.

Falls die Person, die das Recht verletzt hat, sich weigert, das Protokoll zu unterzeichnen, wird in dieses eine diesbezügliche Eintragung gemacht. Die Person, die das Recht verletzt hat, ist berechtigt, die dem Protokoll beigelegten Erklärungen und Bemerkungen zum Inhalt des Protokolls vorzulegen sowie die Motive seines Verzichts auf dessen Unterzeichnung darzulegen.

Das Protokoll wird an das Organ (die Amtsperson) gerichtet, das zum Verhandeln der Sache über administrative Rechtsverletzung bevollmächtigt ist.

Das Protokoll wird nicht aufgenommen in den Fällen, wenn die Geldstrafe gemäß der Gesetzgebung verhängt und eingezogen und die Verwarnung am Ort der Begehung der Rechtsverletzung fixiert wird. Dem Verletzer wird eine Quittung entsprechenden Musters über Einziehung der Geldstrafe ausgehändigt.

Artikel 33. Administrative Festnahme, Kontrolle der Sachen und Beschlagnahme von Sachen und Dokumenten

In den durch die Gesetzgebungsakte der UdSSR und der Unionsrepubliken direkt vorgesehenen Fällen werden zwecks Unterbindung von administrativen Rechtsverletzungen, Aufnahme von Protokollen, Sicherung einer rechtzeitigen und richtigen Verhandlung der Fälle und der Vollstreckung der gerichtsurteile über Fälle der administrativen Rechtsverletzungen eine administrative Festnahme der Person, die körperliche Durchsuchung, die Kontrolle von Sachen und die Beschlagnahme von Sachen und Dokumenten gestattet.

Die administrative Festnahme der Person, die die administrative Rechtsverletzung begangen hat, kann nur von Organen (Amtspersonen) vorgenommen werden, die durch die Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken dazu bevollmächtigt sind; sie dauert nicht mehr als drei Stunden, mit Ausnahme der Fälle, wo bei besonderer Notwendigkeit durch die Gesetzgebungsakte der UdSSR andere Fristen der administrativen Festnahme festgesetzt sind.

Die Frist der administrativen Festnahme wird vom Zeitpunkt der Einlieferung des Verletzers zwecks Aufnahme des Protokolls berechnet und bei der Person, die sich in trunkenem Zustand befand — von der Zeit ihrer Ernüchterung.

Die Ordnung der administrativen Festname, der körperlichen Durchsuchung, der Kontrolle von Sachen und der Beschlagnahme von Sachen zu den laut diesem Artikel vorgesehenen Zwecken wird durch die Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken festgelegt.

Artikel 34. Ort und Fristen für die Verhandlung des Falls über die administrative Rechtsverletzung

Der Fall über administrative Rechtsverletzung wird am Ort ihrer Begehung verhandelt, wenn es durch die Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken nicht anders festgestellt ist.

Die Fristen für die Verhandlung der Fälle der administrativen Rechtsverletzungen werden durch die Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken festgelegt.

Artikel 35. Rechte der Person, die zur administrativen Verantwortung herangezogen wird

Die Person, die zur administrativen Verantwortung herangezogen wird, hat das Recht, sich mit den Materialien der Sache vertraut zu machen, Erwiderungen einzubringen, Beweise vorzulegen, Anträge zu stellen; bei der Verhandlung der Sache die juristische Hilfe eines Rechtsanwalts zu beanspruchen, in der Mut-

(Schluß S. 3)

Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken über administrative Rechtsverletzungen

(Schluß. Anfang S. 2)

tersprache zu sprechen und die Dienste eines Dolmetschers zu gebrauchen, falls sie die Sprache nicht beherrscht, in der das Verfahren geführt wird; gegen das Urteil Berufung einzulegen. In der Sache der administrativen Rechtsverletzung wird in Anwesenheit der Person verhandelt, die zur administrativen Verantwortung herangezogen wird. In Abwesenheit dieser Person kann in der Sache nur in Fällen verhandelt werden, wenn Angaben über deren rechtzeitige Benachrichtigung über Ort und Zeit der Verhandlung vorliegen und wenn von ihr kein Gesuch über die Vertagung der Verhandlung eingelaufen ist.

Die Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken kann Fälle vorsehen, in denen das Erscheinen der Person, die zur administrativen Verantwortung herangezogen wird, vor das Organ (die Amtsperson), das die Sache verhandelt, verbindlich ist.

Artikel 36. Verhandlung des Falls der administrativen Rechtsverletzung

Der Fall einer administrativen Rechtsverletzung wird öffentlich verhandelt.

Das Organ (die Amtsperson) ist bei der Verhandlung des Falls der administrativen Rechtsverletzung verpflichtet, aufzuklären: Ob eine administrative Rechtsverletzung vorliegt, ob die gegebene Person an ihrer Verübung Schuld trägt, ob sie einer administrativen Verantwortung unterliegt, ob es die Verantwortung mildernde oder erschwerende Umstände gibt, ob ein Vermögensschaden zugefügt wurde, ob Gründe vorliegen zur Abgabe der Materialien über administrative Rechtsverletzung an das Kameradschaftsgericht, die gesellschaftliche Organisation, das Arbeitskollektiv sowie andere Umstände zu klären, die für eine richtige Sachverhandlung von Bedeutung sind.

Artikel 37. Die Entscheidung im Fall der administrativen Rechtsverletzung

Nach Verhandlung der Sache über administrative Rechtsverletzung entscheidet das Organ (die Amtsperson) den Fall. Die Entscheidung des Vollzugskomitees des Siedlungs- bzw. Dorfsowjets der Volksdeputierten im Fall der administrativen Rechtsverletzung wird in Form eines Urteils gefaßt.

Die Entscheidung hat zu beinhalten: Die Bezeichnung des Organs (der Amtsperson), das den Beschluß faßte, das Datum der Verhandlung des Falls; Angaben zur Person, über die verhandelt wird; die Zusammenfassung der Umstände, die bei der Verhandlung des Falls festgestellt wurden; die Angabe der Normativakte, die Verantwortung für die verliegende administrative Rechtsverletzung sowie der Beschluß über den Fall gefällte Urteil.

Die Entscheidung wird sofort nach Abschluß der Verhandlung des Falls verkündet. Die Kopie der Entscheidung wird der Person, über die sie gefaßt wurde, im Laufe von drei Tagen ausgehändigt oder zugesandt.

In Fällen, die von der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken vorgesehen sind, wird über die Strafmaßnahme eine entsprechende Eintragung im Protokoll über die administrative Rechtsverletzung gemacht oder wird der Beschluß in einer anderen festgesetzten Weise ausgefertigt.

Artikel 38. Die Übergabe von Materialien an den Staatsanwalt, an das Untersuchungs- oder Ermittlungsorgan

Kommt das Organ (die Amtsperson) bei der Verhandlung des Falls zur Einsicht, daß die Verletzung Merkmale eines Verbrechens enthält, übergibt es die Materialien an den Staatsanwalt, das Untersuchungs- oder Ermittlungsorgan.

Artikel 39. Berufung und Einlegung des Protestes gegen die Entscheidung über den Fall der administrativen Rechtsverletzung

Gegen die Entscheidung über den Fall der administrativen Rechtsverletzung kann von der Person, über die sie gefällt wurde, sowie von dem Geschädigten Berufung eingelegt werden.

gegen die Entscheidung der administrativen Kommission, der Kommission für Angelegenheiten der Minderjährigen — beim Vollzugskomitee des zuständigen Sowjets der Volksdeputierten oder beim Rayon- (Stadt-)volksgericht, dessen Urteil unwiderruflich ist;

gegen das Urteil des Vollzugskomitees des Siedlungs- bzw. Dorfsowjets der Volksdeputierten — beim Vollzugskomitee des Bezirks-, Stadt- oder Rayonsowjets der Volksdeputierten oder beim Rayon- (Stadt-)volksgericht, dessen Urteil endgültig ist;

gegen die Entscheidung eines anderen Organs (einer Amtsperson) über die Verhängung einer Ordnungsstrafe in Form einer Geldbuße — beim höherstehenden Organ (der höherstehenden Amtsperson) oder beim Rayon- (Stadt-)volksgericht, dessen Urteil unwiderruflich ist;

gegen die Entscheidung eines Organs für Innere Angelegenheiten (einer Amtsperson) über die Verhängung einer Ordnungsstrafe in Form von Verwarnung, die am Ort der Verübung der Rechtsverletzung, ohne zu Protokoll genommen zu werden, fixiert wurde, — beim höherstehenden Organ (der höherstehenden Amtsperson).

Artikel 40. Behandlung der Beschwerde und des Einspruchs über die Entscheidung bezüglich des Falls der administrativen Rechtsverletzung

Beschwerde und Einspruch über die Entscheidung bezüglich des Falls der administrativen Rechtsverletzung werden in der durch die Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken festgelegten Ordnung und Terminen behandelt.

Das Organ (die Amtsperson) prüft bei der Behandlung der Beschwerde oder des Einspruchs über die Entscheidung bezüglich des Falls der administrativen Rechtsverletzung die Rechtmäßigkeit und Begründetheit der getroffenen Entscheidung und faßt darüber einen der folgenden Urteile:

1) beläßt die Entscheidung unverändert, und die Beschwerde oder den Einspruch — ohne Ihnen zu genügen;

2) hebt die Entscheidung auf und reicht die Sache zur Neubehandlung weiter;

3) hebt die Entscheidung auf und stellt die Sache ein;

4) ändert die Strafmaßnahme in dem Rahmen, der von der Normativakte über die Verantwortung für administrative Rechtsverletzung vorgesehen ist, jedoch so, daß die Strafmaßnahme keinesfalls verstärkt wird.

Stellt es sich heraus, daß die Entscheidung durch ein Organ (Amtsperson) getroffen wurde, das keine Rechtsvollmachten für die Behandlung dieser Sache besitzt, wird eine solche Entscheidung aufgehoben, und die Sache zur Behandlung an das zuständige Organ (die Amtsperson) weitergeleitet.

Artikel 41. Vollstreckung von Entscheidungen über die Verhängung von Ordnungsstrafen

Der Verletzer hat die Geldbuße nicht später als in fünfzehn Tagen nach der Aushändigung der Entscheidung über die Verhängung einer Geldstrafe zu begleichen, und im Fall der Berufung oder Einlegung des Protestes gegen eine solche Entscheidung — nicht später als in fünfzehn Tagen seit dem Tag der Benachrichtigung über die Abweisung der Beschwerde oder des Einspruchs.

Falls die Geldstrafe in dieser Frist nicht beglichen wird, wird sie zwangsweise, in der durch die Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken festgelegten Ordnung eingezogen.

Die Beschlüsse über die entgeltende Beschlagnahme des Gegenstands, der als Werkzeug zur Verübung oder als direktes Objekt der administrativen Rechtsverletzung diente, über die Konfiskation des Gegenstands, der als Werkzeug zur Verübung oder als direktes Objekt der administrativen Rechtsverletzung diente, über die Entziehung des Sonderrechts, das diesem Bürger eingeräumt wurde, sowie über die Besserungsarbeiten werden durch die dazu bevollmächtigten Organe in der durch die Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken festgesetzten Ordnung vollzogen.

Der Beschluß über den Disziplinararrest wird durch die Organe für Inneres in der durch die Gesetzgebung der UdSSR festgesetzten Ordnung vollzogen.

Der Beschluß über den Fall der administrativen Rechtsverletzungen in puncto Vermögensentschädigung dient als Vollstreckungsdokument. Der Schuldige hat ihn in der vom Teil 1 dieses Artikels angegebenen Frist zu erfüllen. Im Falle der Nichterfüllung des Beschlusses in der festgesetzten Frist, wird er zur Einziehung des Schadens weitergeleitet in der durch die zivile Prozeßgesetzgebung festgelegte Ordnung des Vollstreckungsverfahrens.

Bei gewissenhafter Einstellung zur Arbeit und mustergültigem Benehmen der Person, der für eine bestimmte Frist das Recht, Verkehrsmittel zu lenken, oder das Jagdrecht entzogen wurde, kann das Organ (die Amtsperson), das diese Strafmaßnahme verhängt hat, nach Ablauf nicht weniger als der Hälfte der festgelegten Frist auf Antrag der gesellschaftlichen Organisation oder des Arbeitskollektivs die Entzugsdauer des genannten Rechts kürzen.

Artikel 42. Vollstreckungsverjährung der Beschlüsse über Verhängung administrativer Strafmaßnahmen

Beschlüsse über die Verhängung administrativer Strafmaßnahmen unterliegen nicht der Vollstreckung, falls sie nicht erfüllt wurden im Laufe von drei Monaten nach dem Tag ihrer Verkündigung. Falls die Vollstreckung des Beschlusses gemäß dem Artikel 39 dieser Grundlagen eingestellt wird, wird der Lauf der Verjährungsfrist bis zur Behandlung der Beschwerde oder des Einspruchs eingestellt.

Die Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken kann auch andere, längere Fristen zur Vollstreckung der Beschlüsse über einzelne Fälle administrativer Rechtsverletzungen festsetzen.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR
L. BRESHNEW

Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR
M.GEORGADSE

Moskau, Kreml, 23. Oktober 1980

tass meldet: internationales panorama

In den Bruderländern

In den Staatsgütern

HANOI. Die Entwicklung der Landwirtschaft ist ein Problem, das sich im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Partei und Regierung des sozialistischen Vietnam befindet. Eine maßgebende Rolle spielen gegenwärtig in der Landwirtschaft des Landes die Staatsgüter, die 600 000 Hektar Land bearbeiten.

Viele Staatsgüter spezialisieren sich auf den Anbau technischer Kulturen. Nordöstlich von Ho-Chi-Minh-Stadt wurde ein Staatsgut für den Anbau von Kautschukpflanzen gegründet; nordwestlich, in der Provinz Thainінh, befinden sich Zuckerrohrplantagen, weiter nördlicher — Obstgärten. In den Staatsgütern werden 60 bis 70 Prozent Kautschuk, Kaffee, Tee und Obst produziert, die an den Staat geliefert werden.

Der Aufstieg der Landwirtschaft hängt in hohem Maße von der Entwicklung des Irrigationsnetzes ab. In den letzten fünf Jahren haben sich die Bewässerungsflächen hier um nahezu 120 000 Hektar vergrößert.

Produktion erneuert

PRAG. Die Modernisierung der Industrie ist in der Tschechoslowakei Tagesfrage. Das Präsidium des ZK der KPTsch billigte Maßnahmen, die eine intensivere Einführung der Erkenntnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in die Volkswirtschaft der Republik sowie die Vervollkommnung der Produktionsstruktur und die konsequente Verringerung der Energieintensität der Erzeugnisse beinhalten.

Es wurde vorgemerkt, in beschleunigtem Tempo die Elektroenindustrie zu entwickeln die in den letzten Jahren gegenüber anderen Branchen zurückbleibt. Die weitgehendere Anwendung der Elektronik in der Produktion soll bis zum Jahre 1990 beachtliche Ergebnisse zeitigen, z. B. sollen etwa 300 000 Personen für andere Arbeit freigestellt und 10 bis 15 Prozent Elektroenergie eingespart werden.

Die Produktion von Erzeugnissen dieser Branche für den Export — Rechentechnik, darunter eine ganze Reihe von Minicomputer, Elektronenapparatur für die Medizin, Kraftfahrzeug- und Textilindustrie — soll ausgebaut werden. So hat das Kollektiv des Werks für Automatisierung in der Industrie graphische Maschinen für Elektronenrechner entwickelt und ihre Produktion aufgenommen. Sie finden weitgehende Anwendung in der Sowjetunion und in anderen RGW-Mitgliedstaaten.

Komplex in Mariano

HAVANNA. In den letzten Jahren hat sich die Elektroenergetik Kubas stark entwickelt. Im laufenden Planjahrfünft (1976 bis 1980) vergrößerte sich die Energieerzeugung im Lande um 35 Prozent und erreichte 9 Milliarden Kilowattstunden im Jahr. Für die planmäßige Entwicklung des Zweiges ist die Errichtung neuer Kraftwerke ebenso wichtig wie auch die rhythmische Arbeit der funktionierenden. Dazu wird in der Industrievorstadt Mariano von Havanna mit Hilfe der Sowjetunion ein Komplex für die technische Wartung der 15 Wärmekraftwerke errichtet, die es auf der Insel gibt.

Der neue Betrieb wird eine Fläche von 90 000 Quadratmetern einnehmen, die verstreuten Reparaturwerkstätten unifizieren und eine einheitliche materiell-technische Basis für die Wartung der Wärmekraftwerke schaffen. Hier wird es vier Abteilungen zur Herstellung von Ersatzteilen und Blöcken für die Kraftwerke, eine Werkstatt für Reparatur von Transformatoren und andere Einrichtungen geben. Der Betrieb soll im Jahre 1981 anlaufen.

Im Sommer des laufenden Jahres wehrten die Einheiten der revolutionären Armee Äthiopiens im Laufe von 52 Tagen den bewaffneten Überfall von Somalia ab in der Umgebung der Stadt Uorder (Provinz Harar).

Im Bild: Der gefangengenommene Korporal Muhtar Muhammed Aden erklärte: „Ich bin in Somalia geboren und machte meinen Dienst in der regulären Armee Somalias. Ich gehörte nie den Truppen der Befreiungsfront Westsomalias an, die einigen Behauptungen zufolge im Raum von Uorder Kampfhandlungen unternahm."

Foto: TASS

Entschieden abgelehnt

Die Volksrepublik Kampuchea lehne entschieden die von Washington, Peking und einigen anderen Ländern vorgeschlagene Einberufung der sogenannten internationalen Konferenz zum Kampuchea-Problem entschieden ab, erklärte der Außenminister der Volksrepublik Kampuchea, Hun Sen, auf einer Sitzung des ZK der Nationalen Einheitsfront für die Rettung Kampucheas, die in Pnom Penh stattfand.

Der Minister verurteilte scharf die Politik des amerikanischen Imperialismus und des chinesischen Hegemonismus, die die Clique der Henker des kampucheanischen Volkes — das blutige Regime Pol Pot/Ieng Sary — unterstützen. Washington und Peking, die durch politische Intrigen ihren Marionetten den Platz Kampucheas in der UNO erhalten haben wollten nun zweifelsohne die genannte „Konferenz" zur Untergrabung des wachsenden internationalen Ansehens der Volksrepublik Kampuchea ausnutzen. Die Organisatoren der „Konferenz" selen keineswegs über die Lage des kampucheanischen Volkes besorgt. Sie fürchteten vielmehr die Festigung der Freundschaft und der kämpferischen Solidarität der Länder Indochinas. Die angebliche Gönner hätten geschwiegen, als durch die Hand der Pol-Pot-Henker Millionen Kampucheaner den Tod fanden. Sie habe das Schicksal der Hmer-Nation nicht interessiert. Die Kräfte der Reaktion zögen aber in geschlossener Front gegen die Kampucheanische Revolution zu Felde.

Öffentlichkeit beunruhigt

Die Öffentlichkeit der Länder Amerikas ist tief über die gefährlichen Auswirkungen des neuerlichen chinesischen Kernwaffentests in der Atmosphäre beunruhigt, nach dem die radioaktive Wolke den amerikanischen Kontinent erreicht hat.

Dieses verantwortungslose Vorgehen Pekings verurteilt die mexikanische Zeitung „Sol de Mexico". Sie betont, daß die radioaktive Wolke eine schwere Gefahr für eine ganze Reihe von Ländern, darunter auch für Mexiko, darstellt. Ihre schädliche Einwirkung werde lange dauern. Die Organisation der Vereinten Nationen müsse Maßnahmen ergreifen, damit die Kernexplosionen in der Atmosphäre, wie sie von China am 16. Oktober durchgeführt wurde, in Zukunft verhindert werden.

Für Erfolg des Madrider Treffens

Kommentar

In drei Wochen treten die Vertreter der 35 Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Madrid zusammen. In der jetzigen komplizierten und unruhevollen internationalen Lage gewinnt dieses Treffen besondere Bedeutung. Denn immer dringender wird die für alle Völker lebenswichtige Aufgabe, den Frieden zu erhalten, die Entspannung fortzuführen, das Wettrüsten einzudämmen und eine friedliche Zusammenarbeit zwischen allen Staaten zu sichern.

Welches ist das Programm der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags und welchen Beitrag wollen sie zum Erfolg des Madrider Treffens leisten?

Sie sind fest entschlossen, in Madrid den Kurs auf Entspannung als Grundrichtung zur Verbesserung der Lage in Europa zu bekräftigen und dafür, daß auf dem Treffen Vereinbarungen über weitere praktische Schritte zur Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent erzielt werden.

Von besonders großer Bedeutung wäre in dieser Hinsicht die Annahme eines Beschlusses über die Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa, über den Modus, den Zeitpunkt und den Austragungsort dieser Konferenz. Nach Meinung der sozialistischen Länder wäre es zweckmäßig, eine solche Konferenz in Etappen abzuhalten: Zuerst die Frage der Erweiterung der vertrauensbildenden Maßnahmen und dann immer kompliziertere Maßnahmen zum Abbau der militärischen Konfrontation in Europa einschließlich der Einschränkung der militärischen Aktivitäten und der Begrenzung von Streitkräften und Rüstungen zu erörtern.

Sie sind auch bereit, ihren Beitrag zur Erreichung der Vereinbarungen in den beiden anderen „Körben" in Madrid zu leisten. Es handelt sich sowohl um Maßnahmen zur Intensivierung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit als auch um die Durchsetzung der Vereinbarungen von Helsinki auf dem Gebiet der Kultur, Bildung und Information sowie von Kontakten auf den Prinzipien der Schlußakte als Ganzes.

Es sei hier unterstrichen, daß der Erfolg des Madrider Treffens vom politischen Willen aller seiner Teilnehmer abhängen wird, dort eine konstruktive Atmosphäre zu schaffen, von ihrem Streben, gegenseitig annehmbare Vereinbarungen zu erzielen und von ihrer Bereitschaft, keine Handlungen zu unternehmen, die zur politischen Konfrontation führen würden.

Was die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft betrifft, so sind sie bereit, ihren Beitrag zum Gelingen des Madrider Treffens zu leisten, um einen reinen Himmel über Europa und eine friedliche Zukunft für die ganze Menschheit zu sichern.

Wladimir SEROW

(Un)sitten des Springer-Imperiums

Kann im XX. Jahrhundert ein Bürger eines zivilisierten Staates des „Umgangs mit dem Teufel" beschuldigt und in der Presse „Vampir" genannt werden? Wie absurd auch diese Frage sein mag, sie entspricht voll und ganz der Sachlage und den Sitten oder vielmehr Unsitten im „Imperium" des Zeitungsfürsten Axel Caesar Springer.

Fehlt es an Sensationen, so müssen welche erfunden werden. Das ist das Gesetz, dem Springers Lieblingskind, das Boulevardblatt „Bild-Zeitung", folgt, das täglich 14 000 bis 15 000 Westdeutsche in die Hand bekommen. Einmal erschien es mit der auf der Titelseite prangenden Schlagzeile „Vampir von Sachsenhausen" (Vorort in Frankfurt am Main). Um diesen „Reißer" zu „organisieren", waren die Reporter Kellerer und Beckmann von der „Bild-Zeitung" in der Wohnung des Frankfurter Studenten Michael K. eingebrochen. Sie ließen einen Stapel Fotoaufnahmen mitgehen, fertigten daraus eine Montage an und verfaßten dazu einen entsprechenden Text. Der ahnungslose Student wurde in der ganzen BRD als „lebender Vampir" verschrieen.

Verleumderische Erfindungen dieser Art hat die „Bild-Zeitung" massenhaft auf ihrem Schuldkonto. Die „Vampir"-Geschichte wurde allerdings Gegenstand eines Gerichtsverfahrens in Frankfurt am Main. Indes tun von Springer bestellte Rechtsanwälte ihr Möglichstes, um den Fall auf „Entwendung einiger Fotos" zu reduzieren. Das Schicksal des Geschmähten aber läßt den Zeitungsfürsten ebenso kalt wie das des Ehepaars Ingeborg und Karl K. aus Bremen, das sich, von der „Bild-Zeitung" verleumdet, das Leben nahm.

Nicht „Bild-Zeitung", sondern „Kill-Zeitung" — so nannte dieses Boulevardblatt der bekannte westdeutsche Publizist Günter Wallraff unter Anspielung auf das englische Wort „Kill" für „Töten". Er hatte eine zeitlang unter fremdem Namen in einer Redaktion dieses Blattes gearbeitet und veröffentlichte bereits zwei Bücher, in denen die in der Tat grauenhaften Sitten im ganzen „sprießenden Imperium" enthüllt werden. Ohne sich durch Drohungen und gar durch einen von Springer gegen ihn eingeleiteten Gerichtsprozeß einschüchtern zu lassen, arbeitet Günter Wallraff an weiteren Enthüllungen über „Bild". Die Welt" und andere Blätter des „Fürsten".

Redakteure der „Bild-Zeitung" schütten auf deren Seiten tagtäglich auch ganze Kübel voll politischen Unrats aus. Verleumdung fortschrittlicher Kräfte der BRD, provokatorische und böswillige Erfindungen gegen die sozialistischen Länder — das ist das tägliche Brot dieser Schmierfinke. So war das, als Bremens Demokraten am 25. September gegen eine Wahlkundgebung von Franz Josef Strauß in dieser Stadt protestierten. Nach Kräften bemüht, gegen sie eine Provokation hinzudrehen, berichtete die „Bild-Zeitung" von vornherein auf ihrer Titelseite von „Krawallen", „Prügeln", „Steinen" und „Tränengas". Als sich aber herausstellte, daß die Provokateure keinen Erfolg gehabt hatten und Polizeitruppe brutal gegen eine friedlich verlaufende Demonstration vorgegangen waren, entfernte das Springer-Blatt am selben Tag aus dem restlichen Teil der Auflage die „blutrünstigen Überschriften" und überging die Brutalität der „Ordnungshüter" schlechterdings mit Schweigen.

„Wir schreiben nicht für Springer, weil seine marktbeherrschende Macht nicht der Ausbreitung der Meinungsvielfalt, sondern ihrer Gängelung und Einengung dient", hieß es in einer Erklärung von mehr als 100 prominenten Schriftstellern und Journalisten der BRD. Sie bezeichneten die Springer-Methoden im Journalismus als Hohn auf die Prinzipien der Demokratie. Zu den Erstunterzeichnern der Erklärung gehörten Günter Wallraff, Klaus Stäck, Peter Härtling, Kurt Sontheimer und andere hervorragende Literatur- und Kunstschaffende.

SALT im Wahlkampf

Die höchsten Vertreter der Washingtoner Administration haben in den letzten Tagen Erklärungen zu SALT 2 abgegeben. Präsident Carter erklärte in einem AP-Interview, dieser Vertrag entspreche den Lebensinteressen der USA, und werde sich deshalb aufs Entschiedenste für dessen Ratifizierung einsetzen.

Außenminister Muskie hatte vor dem Nationalen Demokratischen Frauenklub in Washington gesagt: „Ich bin zu der Überzeugung gelangt, daß die Ratifizierung dieses Vertrages in seiner gegenwärtigen Form voll und ganz den Interessen unseres Landes entspricht". „Wir müssen schnellstmöglich den Vertrag ratifizieren." Im gleichen Sinne äußerte sich dieser Tage auch Verteidigungsminister Brown.

Bei Einblicknahme in diese Erklärungen präsentiert sich die Frage, wie weit sie aufrichtig sind, und ob sie eine Änderung der Position der Carter-Administration verheißen?

Viele Beobachter glauben, daß das Interesse, das die Carter-Administration in der letzten Zeit für SALT 2 bekundet, auf Erwägungen der Wahlkampagne zurückzuführen ist — die Demokraten müssen doch in Betracht ziehen, daß über 60 Prozent der Amerikaner nach Angaben von Meinungsforschungen diesen Vertrag unterstützen.

Es wird auch die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß die Carter-Administration mit ihren Erklärungen zugunsten der Ratifizierung von SALT 2 bestrebt ist, sich bei der Öffentlichkeit Lieb kind zu machen, zusätzliche Wählerstimmen zu gewinnen und gleichzeitig dem republikanischen Kandidaten Reagan einen Stoß zu versetzen — dieser hatte erklärt, daß er im Falle seines Sieges SALT 2 von der Tagesordnung im Senat absetzen werde.

An SALT 2 sind nicht nur die USA und die Sowjetunion, sondern auch alle anderen Völker interessiert, weil dieser Vertrag das nukleare Wettrüsten eindämmen und günstige Möglichkeiten für weitere Schritte in diese Richtung schaffen würde. Indessen ist es völlig klar, daß eine so wichtige Frage wie SALT 2 kein Objekt politischer Spekulationen und eines Manövrierens im Wahlkampf sein kann und sein darf.

Die Situation verlangt gebieterisch, daß die USA auf den Weg der internationalen Entspannung und des Zusammenwirkens bei der Lösung herangereiften, in erster Linie der mit der Einstellung des Wettrüstens auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und gleichen Sicherheit verbundener Probleme zurückkehren, ehe es zu spät ist.

Briefkasten der „Freundschaft"

Sanatorium gebaut

Am malerischen Ufer des Irtysch, nahe der Gebietsstadt, entstand für die Autofahrer der Kraftverkehrsbetriebe von Pawlodar ein „Gesundungsabschnitt". Das große Gebäude des prophylaktischen Betriebssanatoriums gefällt den Besuchern auf den ersten Blick. Noch mehr überrascht sind sie, wenn ihnen eins der bequem ausgestatteten Wohnzimmer zugewiesen wird. Den Kraftfahrern stehen ein Heilbad und Räume für Physiotherapie, ein großer Speisesaal, Erholungszimmer, eine Bibliothek und ein Sportplatz zur Verfügung. Hier können die Kur- und Erholungsbedürftigen sich von vielen Leiden befreien und frische Kräfte sammeln.

Die Heilkabinette sind mit modernen medizinischen Geräten ausgestattet. Im Moorbad wird der berühmte Heilschlamm aus dem Kurort Mujaldy angewandt.

Bis Jahresende werden im Betriebssanatorium mehr als 600 Kraftfahrer und Reparaturarbeiter ihrer Gesundheit einen guten Dienst erweisen können.

Michael STEGLER
Gebiet Pawlodar

Die Zeitung hilft uns

In unserem Institut benutzen die Deutschlehrer in ihrer Lehr- und Erziehungstätigkeit und im Deutschunterricht unter anderen Zeitungen auch die „Freundschaft", der wir einen besonderen Platz einräumen.

Gleich am Anfang machen wir die Studenten mit der Struktur der Zeitung bekannt; das erleichtert die Arbeit, sie finden sich darin leichter zurecht.

Die Zeitung behandelt oft ökonomische Probleme. Reges Interesse rufen bei den Studenten Beiträge über Landwirtschaft sowie über die Effektivität und Arbeitsqualität hervor.

Die Studenten machen sich durch diese Zeitung mit den wirtschaftlichen und kulturellen Errungenschaften Kasachstans bekannt, das in diesem Jahr seinen 60. Gründungstag begangen hat.

Wir verwenden verschiedene Artikel für die Hauslektüre, während des Unterrichts übersetzen die Studenten diese und erzählen ihren Inhalt nach.

Die „Freundschaft" hilft uns sehr, den Unterricht besser zu gestalten und die Studenten im Geiste der Völkerfreundschaft zu erziehen.

Pawel SCHUDRJA
Poltawa

Glückwunsch

für die ehemalige Getreidebäuerin Maria TRANKENSCHUH, die in Tschaglinka, Gebiet Koktschetaw, zu Hause ist, zu ihrem 76. Geburtstag. Sie war viele Jahre im Krupskaja-Kolchos im selben Gebiet als Mähdreschergehilfin tätig und fand noch viel Zeit und Liebe, uns Kinder zu erziehen. Wir wünschen ihr viel Glück und einen frohen Lebensabend.

Maria, Hilda, Jakob Trankenschuh und Schwiegersohn Andrej.

(Anfang Nr. Nr. 191—193, 195, 199, 200, 203, 206, 207)

Die Exposition des Dshambuler Museums wird immer reicher. Die Säle des Museums bieten 18 000 Gegenstände zur Schau, die über die Geschichte der Entwicklung vom Paläogen bis in die Gegenwart berichten. Ein einzigartiges Museumsstück ist der Skythenkrieger aus dem 7.—3. Jahrhundert v. u. Z. Ihn haben die Pioniere aus dem Kolchos „Trudowik" Rayon Kurdai, gefunden.

Unsere Bilder: Im Ausstellungssaal. Viele Exponate des Museums sind Funde des Leiters der Abteilung für Denkmalschutz Kusembai Batbossynow.

Helmatkundemuseums wird immer reicher. Die Säle des Museums bieten 18 000 Gegenstände zur Schau, die über die Geschichte der Entwicklung vom Paläogen bis in die Gegenwart berichten. Ein einzigartiges Museumsstück ist der Skythenkrieger aus dem 7.—3. Jahrhundert v. u. Z. Ihn haben die Pioniere aus dem Kolchos „Trudowik" Rayon Kurdai, gefunden.

Unsere Bilder: Im Ausstellungssaal. Viele Exponate des Museums sind Funde des Leiters der Abteilung für Denkmalschutz Kusembai Batbossynow.

Fotos: Wladimir Worotnikow

Wie werden Sie bedient!

Den Forderungen gerecht werden

Der Raum der Verkaufsstelle „Jubilejny" in Ekibastus ist hell und modern. Hier gibt es stets viele Käufer, manchmal sind sie ohne Zahl. Das Kollektiv ist nicht groß, trotzdem übersteigt der Umsatz der Verkaufsstelle jeden Monat das Soll.

Am Ladentisch steht eine angenehme Frau in mittlerem Alter. Die Verkäuferin ist zuvorkommend und bedient flink die Kunden. Das ist Nadeshda Jakowlewa, sie arbeitet im Handel seit 1956. Als junges Mädchen hatte sie die Absicht, Verkäuferin zu werden. Aber ihre ältere Schwester, die übrigens auch Handelsmitarbeiterin war, sagte ihr einmal: „Was suchst du hier? Diese Arbeit ist schwer und anspruchsvoll."

Trotzdem wurde Nadeshda Verkäuferin. Sie kam mit ihrer Familie aus dem Ural und war erst in der Verkaufsstelle „Kolos" tätig. Als „Jubilejny" eröffnet wurde, trat sie mit ihrer Kollegin Lilli Protassowa dort ihre Arbeit an. Lilli Protassowa ist eine erfahrene Verkäuferin. Sie hat eine Handelsschule in Tscheljabinsk beendet. Jetzt betreut sie und Nadeshda Jakowlewa viele Lehrlinge. „Junge Leute, die im Handel arbeiten wollen, sind verschieden", meint Protassowa. „Manche stoßen auf Schwierigkeiten und machen sich davon."

Die Arbeit einer Verkäuferin besteht nicht nur darin, Kunden zu bedienen. Sie muß auch Waren vom Lager übernehmen, dazugehörige Begleitscheine richtig abfassen. Aber die Hauptsache bleibt die Tuchfühlung mit den Kunden, gegenseitige Achtung.

„Natürlich gibt es noch Verkäuferinnen, die unhöflich, ja manchmal grob sind. Aber glauben Sie mir, vieles hängt vom Kunden selbst ab. Einige verlangen Waren, die überhaupt nicht vorhanden sind, erheben dabei die Stimme, stören die Verkäuferinnen bei der Bedienung und so weiter. Gegenseitige Achtung ist, wie gesagt, ein wichtiges Moment in unserer Arbeit", sagt Nadeshda Jakowlewa.

In der Verkaufsstelle gibt es Selbstbedienung und andere progressive Handelsformen. Dabei gab es Abteilungen, in denen nur eine Verkäuferin arbeitete. Übernahm sie zum Beispiel Waren, da gab es schon am Ladentisch ein Gedränge. Um diese Mängel in der Arbeit zu beheben, beschloß man, eine Extrabrigade zu bilden. Entsteht eine Lücke, springt da eine der Verkäuferinnen ein. So verläuft jetzt die Arbeit glatt.

Man muß sagen, daß Nadeshda Jakowlewa und Lilli Protassowa nie ein Kassenmanko hatten. Gute Arbeitsorganisation, gegenseitiges Vertrauen, Verantwortlichkeit — all das ist kennzeichnend für ihre Tätigkeit.

Die Verkäuferinnen wetteifern mit den Mitarbeiterinnen der Verkaufsstelle „Rasswet" und werden meistens Sieger. Die besten Schrittmacher im Kollektiv sind Nadeshda Jakowlewa, Lilli Protassowa und Ljubow Mosur. Sie stehen bei ihren Kolleginnen in hohem Ansehen.

Nikolai KASANZEW
Ekibastus

Neue Filme

Diese „freie" Welt

Die publizistische Note klingt schon im Titel dieses neuen abendfüllenden Films. Die ironischen Gänsefüßchen, in die das Wort „freie" gesetzt ist, zeugen von der Position der Autoren, die die Grimassen der kapitalistischen Welt sachkundig unter die Lupe nehmen. Sie behaupten: „Unser Film ist ausgesprochen parteilich."

Die Verfasser L. Samjatin und L. Machnatsch (Zentralstudio für Dokumentarfilme) haben eine Menge ausländischer Filmchroniken erforscht und in ihrem Streifen verwendet. Sie führen den Zuschauern die „Freiheiten" der Gesellschaft vor Augen, die auf der Lüge und List, Gewalt und Habgier aufgebaut ist, in der die elementarsten Rechte der Menschen verletzt werden.

Übrigens waren gerade die Menschenrechte einer der wichtigsten Punkte im Wahlprogramm des Präsidenten Carter. Erhalten geblieben sind mehrere Filmbilder, die Carter während seiner ersten Wahlkampagne vor vier Jahren zeigen, seine selbstbewußten Reden, in denen er als ein „tüchtiger Kerl" zu erscheinen bestrebt war. Diese Bilder gewinnen besonders an Bedeutung, wenn sie mit anderen konfrontiert werden — mit denen von Stempelstellen, Arbeitslosen (selbst der Begriff „Recht auf Arbeit" klingt dann höhnisch), von Stadtvierteln der Ausgestoßenen, von Szenen der Grausamkeit der Polizei von New York oder von Rauschgiftsüchtigen. Durch diese einfache Gegenüberstellung decken die Autoren das ganze demagogische Wesen der Reden Carters auf.

Aber ein Recht wird in dieser „freien" Welt streng gewahrt: das Recht auf verschiedene faschistische Zusammenkünfte, das Recht auf Wiederbelebung der menschenfeindlichen Ideen von anno dazumal, das Recht, die heranwachsende Generation dadurch zu vergiften. Der Film versetzt uns aus Chikago nach München, aus Rom nach Hamburg oder London, und überall finden unter dem Schutz der Polizei unheilverkündende neonazistische Meetings, Demonstrationen statt, werden Schallplatten mit Hitlers Reden, nazistische Bücher feilgeboten... Als ob die Menschheit nicht den 2. Weltkrieg erlebt hätte...

Ihre besondere Aufmerksamkeit widmen die Autoren denjenigen, die mit Waffen rasseln, Spannung schaffen, zum kalten Krieg aufrufen. Sie setzen sich nicht zum Ziel, die Außenpolitik der USA allseitig zu erforschen, sie strebten globale Verallgemeinerungen an. Aber heute fällt die Politik dieses führenden Landes der kapitalistischen Welt schwer ins Gewicht, deshalb wird ihr im Film so viel Platz eingeräumt.

Wiederum greifen die Autoren zu Gegenüberstellungen. In seinen Wahlreden versichert J. Carter der Mitbürger seiner Ergebenheit dem Frieden, seiner Bemühungen um die Einstellung des Wettrüstens. Anklagende Dokumentaraufnahmen, die so sehr mit den heuchlerischen Reden, zeigen die wahre aggressive Rolle der USA in der Situation, die im Persischen Golf entstanden ist.

Nur Fakten! Die Kamera hat das freundliche Lächeln, den Händedruck Carters und des Schahs Irans festgehalten, dessen morsches Regime von amerikanischen Bajonetten aufrechterhalten wurde. Wir sehen das aufständische Volk Irans. Andere Streifen zeigen, wie das Bildnis des Schahs auf dem Scheiterhaufen verbrannt wird...

Mit unvermindertem Interesse sieht man die Episoden, die die Ursachen der Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Afghanistans aufdecken, das Bestreben, die afghanische Revolution, durch die regionale Reaktion zu erwürgen, die unheilverkündenden Beziehungen der regierenden Kreise der USA zu Pakistan.

Der Ansager meldet, daß in 114 Ländern der Welt 2 500 amerikanische Militärstützpunkte und Objekte stationiert sind. Wir sehen auf dem Bildschirm die die USA überflutende Kriegshysterie. Und wieder hören wir die großen Worte Präsident Carters von seinem Streben nach Frieden. „Die verbrecherische Politik wird durch nationale Interessen getarnt" sagt vom Bildschirm einer der Führer der Kommunistischen Partei der USA H. Winston.

Die Verfasser lassen immer wieder progressive Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu Wort kommen, die ihr Leben dem Kampf gegen die imperialistische Reaktion gewidmet haben. Vom Bildschirm sprechen die Friedenskämpfer Amerikas, ein französischer Jurist, ein Negerdichter trägt seine Verse vor... Die ungeschminkte Wahrheit ihrer Aussagen, die Besorgnis um die Geschicke ihres Volkes und der ganzen Welt, die so sehr mit den „Weihnachtsglückwünschen" J. Carters kontrastieren, flößen uns Glauben an den Triumpf des Verstandes und der Gerechtigkeit, an den Sieg der progressiven Kräfte über die reaktionären Regimes ein.

Die Mitarbeiter des Zentralstudios für Dokumentarfilme haben große und edle Arbeit geleistet. Sie setzen die Kampftraditionen der sowjetischen politischen Filmpublizistik fort, indem sie einen aktuellen Film geschaffen haben, dessen propagandistische Bedeutung kaum zu überschätzen ist.

Alexander SERBIN,
Moskauer Korrespondent
der „Freundschaft"

Medaillen der Leistungsschau

Auf der Leistungsschau der Volkswirtschaft der UdSSR wurde eine Ausstellung „Körperkultur und Sport in Berufsschulen" veranstaltet.

Großen Erfolg hatten hier verschiedene Berufsschulen des Gebiets Karaganda, darunter das Kollektiv der Bergbauberufsschule Nr. 1. Die Sportlehrer Alexander Bogomolow und Viktor Kommissarow wurden mit Bronzemedaillen der Leistungsschau ausgezeichnet.

Diese Aktivisten der Körperkultur haben eine eigene Methodik und spezielle Ausrüstungen für den Unterricht entwickelt und eingeführt.

Gegenwärtig verfügen die Schüler dieser Berufsschule über einen der besten Sportkomplexe des Gebiets. Im Sportunterricht erwerben die Jugendlichen die körperliche Stählung, die ihnen in ihrer späteren Arbeit in den Kohlengruben von Nutzen sein wird.

Robert KELLER

Das Vorbild der Väter spornt an

„In unserem Kollektiv gibt es mehrere fleißige Remmels, doch der angesehenste von allen ist wohl Eduard Remmel. Er ist ein vortrefflicher Mechanisator und auch aktiv im gesellschaftlichen Leben", sagt Georgi Stepanow, Abteilungsleiter im Sowchos „Majurowski".

Bereits dreißig Jahre steuert Eduard Traktoren. Er pflegt seine Maschine gut und erzielt ständig Spitzenleistungen. Während der Heubeschaffung hat er über 8 000 Dezitonnen Heu gemäht, und beim Strohschobern war er auch wieder unter den Schrittmachern. Kommt der Winter, wird Eduard wieder Tierzüchter. Auch der Farmleiter Reinhold Gabriel spricht von ihm nur lobend.

Seinen persönlichen Fünfjahrplan hat Eduard Remmel vorfristig erfüllt, und auf seinem Arbeitskalender steht das Jahr 1982. Der Aktivist der kommunistischen Arbeit Eduard Remmel wurde mehrmals ausgezeichnet, ist Träger der Lenin-Jubiläumsmedaille. Als Volksdeputierter des Dorfsowjets gehört er zur Kommission für Landwirtschaft und setzt sich eifrig dafür ein, daß die Traktoren und andere Maschinen rechtzeitig und gut überholt, das Heu oder Getreide verlustlos eingebracht werden.

Eduard Remmel und seine Angehörigen arbeiten auch in ihrer Hauswirtschaft fleißig. Allein in diesem Jahr verkaufte die Familie bereits über eine Tonne Milch an den Staat. Remmel beeinflußt seine Nachbarn und andere Einwohner des Dorfes, daß sie mehr tierische Erzeugnisse aus ihrer Wirtschaft an den Staat verkaufen.

In derselben Sowchosabteilung arbeitet Eduard Remmels ältester Sohn Viktor. Er ist Schofför wie sein jüngerer Bruder Johann. Bei der Getreidebeförderung erfüllte Viktor täglich sein Soll zu 150 Prozent. Nach dem Vorbild des Vaters bewährt sich Viktor in der gesellschaftlichen Arbeit. Der junge Parteikandidat wurde in den Dorfsowjet gewählt.

Woldemar MEISTER
Gebiet Nowosibirsk

Hörsaal im Kombinat

SEMIPALATINSK. Das Informations- und Rechenzentrum des Papiertarakombinats ist zum Hörsaal für Studenten der Technologischen Hochschule für Fleisch- und Milchindustrie geworden. Sie machen hier praktische Übungen und Laborarbeiten in Rechentechnik.

Der Betrieb festigt seine Geschäftsbeziehungen zur jüngsten Hochschule der Stadt.

Die Produktionsarbeiter versorgen die Lehrkombinate mit modernen Ausrüstungen. Als Lehrmeister der Studenten sind erfahrene Spezialisten eingestellt, die ihren Zöglingen helfen, die erworbenen Kenntnisse in der Praxis zu verankern und Fertigkeiten in der Produktionsleitung zu entwickeln.

„Die gemeinsame Arbeit ist dem Hauptziel — der Einführung des automatischen Systems der Steuerung von technologischen Prozessen untergeordnet", unterstreicht der Kombinatsdirektor M. B. Amrow. „Die ersten Stufen dieses Systems funktionieren schon. Eingeführt ist das Teilsystem des Dispatcherdienstes. Entwickelt ist die Methodik der Berechnung der Arbeitsgütezahl.

Die Vereinigung der Kräfte fördert die weitere Entwicklung der Produktion, erhöht die Qualität der Ausbildung von Spezialisten. Etwa 3 000 Studenten der Semipalatinsker Hochschulen beteiligen sich aktiv an der Ausführung von Arbeiten nach den Aufträgen der Volkswirtschaft.

(KasTAG)

Friedensfonds fördern

Die Komitees für Förderung des sowjetischen Friedensfonds von Amankaragai, Gebiet Kustanai, leisten in den Kollektiven eine große Arbeit. Zum Beispiel hat die Rayonvereinigung „Goskomselchostechnika" — 340, das Kollektiv der Tankstelle — 387 Rubel an den Friedensfonds entrichtet.

L. I. Breshnew sagte, daß der Frieden nicht von selbst kommt, das man für ihn kämpfen muß. Vor uns steht eine große Aufgabe, für die Stärkung unserer Heimat und die Sicherung des Friedens so viel wie möglich zu tun.

Das kommt durch freiwillige Spenden von Sowjetmenschen zum Ausdruck.

Amirgali ABDIKALIKOW

„Blut und Schweiß" auf der Dorfbühne

Das Volkstheater des Kulturhauses von Kastalowka hat die gleichnamige Bühnenstück nach der Trilogie „Blut und Schweiß" des bekannten kasachischen Schriftstellers Abdishamal Nurpeissow aufgeführt. Es ist die dritte Inszenierung in der Republik nach der Bühnenfassung des populären Regisseurs Assetbaissin Mambetow, außerdem wurde dieser Roman im „Kasachfilm"-Studio verfilmt. Bisher wurde das Bühnenstück nur in der Tschechoslowakei und im Alma-Ataer Akademischen Kasachischen Muchtar-Auesow-Theater aufgeführt.

Im neuen Stück spielen 25 Schauspieler des Volkstheaters, darunter der Regisseur Nurlan Schakanajew, der Vorsitzende des Rayonsportkomitees Fasyl Kenschin, die Methodikerin des Kulturhauses Gulija Kashenowa, der Buchhalter Lukpan Nadenow und andere. Die Bühnenbilder stammen vom Verdienten Kulturschaffenden der Kasachischen SSR Sagit Sadykow.

Die Laienkünstler aus Kastalowka haben dieses Stück bereits dreimal aufgeführt.

Anton PETER
Gebiet Uralsk

KEINE CHANCE FÜR MENSCHENSCHMUGGLER

Der das zu Protokoll gab, heißt Peter Meißner; er wurde bei dem Versuch verhaftet, eine 18jährige DDR-Bürgerin illegal auszuschleusen.

Auftraggeber für diese Aktion war sein Adoptivvater, der dieses Mädchen bei einer seiner DDR-Reisen kennengelernt und ihr die Ehe nebst einem traumhaften Luxusleben im Westen versprochen hatte. Und welcher „Zufall": Seine „Verlobte", die dem Alter nach seine Tochter sein konnte, wohnte in einem Mädcheninternat — ein ganzes Haus voller junger Damen, von denen der noble Herr aus dem Westen ganz uneigennützig möglichst vielen den Weg „in die Freiheit" geebnet hätte. Wie die vermeintliche Braut glaubte, würden auch vier oder fünf geneigt sein, ihr zu folgen; die Namen waren bekannt, die Vorbereitungen liefen.

Was sich jene reichlich naiven Mädchen nicht träumen ließen, plauderte Peter Meißner während der Vernehmung um so deutlicher aus:

„Daß mein Adoptivvater dieses Mädchen ernsthaft heiraten will, erscheint mir unglaubhaft. Er ist bekannt dafür, daß er sich immer an sehr junge Mädchen heranmacht. Vor einigen Jahren hat er beispielsweise versucht, meine damalige Freundin zu vergewaltigen. Ich bin mir sicher, daß er seine neue „Eroberung" als Animiermädchen in die Bar abgeschoben hätte. Auch die anderen Mädchen aus dem Internat waren für die Bars und Bordelle von King bestimmt. Die Äußerung meines Vaters, daß bei diesen Schleusungsaktionen „der King mitmacht, wenn auch inoffiziell", macht das deutlich. Aber hoch mehr wird das dadurch bewiesen, daß King meinem Adoptivvater — wie der mir selbst sagte — für die Mädchen aus der DDR 60 000 DM geboten hat."

Auch der ehemalige Aramco AG-Boß Hans Ulrich Lenzlinger beabsichtigte — bevor die Schüsse eines konkurrierenden Kriminellen im vorigen Jahr seinen Geschäften abrupt ein Ende setzten —, in den Mädchenhandel groß einzusteigen. Reiner Schubert, einst Lenzlingers selbsternannter „Chefagent" für die BRD und in DDR rechtskräftig abgeurteilt, schrieb darüber in seinem umfang- und aufschlußreichen Schuldgeständnis:

Lockköder „Liebe"

„Lenzlinger wollte an der Elfenbeinküste eine exklusive Bar mit Hotelbetrieb als getarntes Bordell errichten. Nach Ablauf eines gewissen Zeitraumes, während dem die Mädchen in der Bar arbeiteten und als Dirnen tätig gewesen wären, wollte Lenzlinger sie dann weiterverkaufen. Die Beschaffung der Mädchen sollte wie folgt vor sich gehen: Die Mädchen sollten noch nicht als Prostituierte oder in einer Bar gearbeitet haben und intelligent sein. In der Schweiz sollten sie bei einem Bekannten von Lenzlinger auf ihre Tätigkeit vorbereitet werden. (Lenzlingers Verbindungen zu diesen Kreisen stammten aus der Zeit, da er in der Züricher Ackersteinstraße selbst ein als „Massagesalon" etikettiertes Bordell betrieb, das dann allerdings wegen der selbst für westliche Maßstäbe abstoßenden sexuellen Exzesse polizeilich geschlossen wurde, d. Verf.) Da durch die Fluchthilfe eine beinahe einmalige Möglichkeit bestand, sich ständig neue Mädchen zu beschaffen, sollte ich speziell in Ostberlin und in der DDR gutaussehende junge Mädchen ohne Beziehungen zu Personen in der BRD kennenlernen. Auch Horst Schumm (ein anderer von Lenzlingers Gangstern, d. Verf.) erschien besonders geeignet, Mädchenbekanntschaften aus Liebe zu machen.

Diese wären dann kostenlos in die BRD und anschließend in die Schweiz verbracht worden. Dort wollte Lenzlinger sie mit einem gefälschten BRD-Paß versehen und ohne eine Registrierung bei BRD- oder Schweizer Dienststellen nach Afrika bringen. Zu diesem Zweck wurde an die Anschaffung eines kleineren Flugzeugs gedacht. Die Mädchen wären in der DDR zwar vermißt worden, aber da als republikflüchtig betrachtet, hätte man nach ihrem Verbleib nicht geforscht. Da sie andererseits in der BRD amtlich nie erfaßt worden wären, konnte man ihren tatsächlichen Weg kaum noch nachprüfen. Diese Mädchen, versehen mit einem von ihnen unterschriebenen falschen Paß, konnten im Bedarfsfall mühelos mit der Drohung erpreßt werden, daß man sie irgendwelchen Behörden übergibt, wo sie sich wegen Urkundenfälschung, illegaler Einreise etc. hätten verantworten müssen. Schließlich sah Lenzlinger ein Druckmittel auch in der Androhung einer Rückverbringung in die DDR, wo sich die betreffenden Mädchen ja strafbar gemacht hatten. Lenzlinger glaubte sich dadurch dreifach abgesichert, die Mädchen wären ihm auf Gedeih und Verderb ausgeliefert."

Was hier durch die Selbstzeugnisse Beteiligter an Verkommenheit offenbar wird, muß in Beziehung gesagt werden — in Beziehung nämlich zu den rührseligen Storys, mit denen westliche Medien der DDR unentwegt Engherzigkeit und Unverständnis gegenüber der „Elementargewalt Liebe" vorwerfen, die nun mal an Grenzen nicht haltmache, was mit der lautstarken Forderung verbunden wird, man möge doch die Liebesleute zusammenkommen lassen, aus Menschlichkeit und natürlich stets im „freien Westen".

Solche „zarten Bande", wie sie Halunken vom Schlag Rainer Schuberts in bösester Absicht knöpfen, signalisieren jedoch: Es ist eben durchaus nicht alles Liebe, was dafür ausgegeben wird. Unseren Sicherheitsorganen gebührt Dank dafür, daß sie energisch vorgehen gegen jene, die selbst menschliche Gefühle noch für ihre Profitzwecke zu vermarkten suchen. Und es ist gut, wenn manch einfältigem Mädchen ein Schritt verwehrt wird, der es in die Niederungen des kommerziellen Amüsierbetriebes, in die Gosse der Prostitution führen würde.

Daß die professionellen Menschenhändler in ihrer Gier, hohe Einnahmen zu erzielen, die Jagd nach Kopfgeld mit anderen kriminellen Machenschaften koppeln, ist durch eine Vielzahl von Prozessen hinlänglich aufgedeckt worden. Zu den „Koppelgeschäften" solcher Banden wie „Aramco AG", Gluch und anderer gehören erwiesenermaßen auch Rauschgiftschmuggel, Antiquitätendiebstahl und Waffenschiebungen.

Die Legende, daß es sich bei den professionellen Menschenhändlern um von Freiheitsliebe getriebene „politische Überzeugungstäter" handele, ist an Hand der Charakteristika von Bandenchefs und ihrer Agenten eindeutig ad absurdum geführt. Übrigens fehlt es auch nicht an Selbstzeugnissen von Menschenhändlern, die unverblümt bekunden, daß es in ihrem Gewerbe zuerst und vor allem um Gelderwerb, um nackte Profitgier geht. In reicher Fülle finden sich in Aussageprotokollen Passagen wie die folgenden:

— Der Agent Christian Weber über seinen Boß: „David ist bestrebt, durch Fluchthilfe zu einem möglichst hohen finanziellen Gewinn zu kommen, wobei ihm die Sicherheit der unmittelbar an Schleusungsaktionen Beteiligten zweitrangig ist."

— Der Gangster Uwe Aschenbrenner über den Menschenhändler Frohmund Heyer: „Er organisiert die Schleusungen vorwiegend aus Gründen finanzieller Gewinnsucht; er fordert deshalb sowieI wie nur irgend möglich an Honorar und ist erst bereit, bei mindestens 50 Prozent Anzahlung tätig zu werden. Um den höchstmöglichen Vorteil für sich herauszuholen, betrügt er in finanziellen Angelegenheiten auch seine unmittelbaren Mitarbeiter."

— Schließlich nochmals Hans Ulrich Lenzlinger, der — bevor ihn die Konkurrentenkugel ereilte — in einem Pressegespräch unumwunden äußerte: „Fluchthilfe ist für mich ein Geschäft wie jedes andere."

So treffend diese Bemerkungen auch das Hauptmotiv offenbaren, das dem kriminellen Menschenhandel zugrunde liegt — ganz vollständig widerspiegeln sie die Absichten und Ziele noch nicht, die sich mit dieser spezifischen Kriminalitätsform verknüpfen. Es gibt eine ganze Reihe handfester Interessen, die mit dem gegen die sozialistischen Staaten gerichteten Menschenhandel verfolgt werden. Aus diesen Interessen resultiert auch das arbeitsteilige Zusammenwirken von Berufsverbrechern und politischem Banditentum bei diesem dunklen Gewerbe.

Profitgier ohne Schranken

Um noch einmal auf den Hauptaspekt des gewerbsmäßigen Menschenschmuggels, seine Nutzung als einträgliche Profitquelle nämlich, zurückzukommen: Von den Größenordnungen, mit denen die Bosse dieses „Unternehmenszweiges" bei der Veranschlagung von Umsatz und Gewinn zu operieren pflegen, vermitteln die von ihnen festgesetzten fünfstelligen Kopfgeldtarife eine Vorstellung, die in Abhängigkeit von der Finanzkraft des Auftraggebers und vom „Wert" des Auszuschleusenden variieren.

(Fortsetzung folgt)

Bekanntmachung

Die Redaktion „Freundschaft" sucht dringend einen Korrektor mit Hochschulbildung im Fach Deutsche Sprache.

Bewerbungen sind an die Adresse: Zelinograd, Haus der Sowjets, Zimmer 732, Telefon: 2-16-51 zu richten.

Redaktionskollegium

Herausgeber „Sozialistik Kasachstan"

Unsere Anschrift:
473027 Kasachskaja SSR, g. Zelinograd, Dom Sowetow, 7-j etaj, «Frojndschaft»

TELEFONE: Chefredakteur — 2-19-09 stellvertretende Chefredakteure — 2-17-07, 2-06-49 Chef vom Dienst — 2-16-51, Sekretariat — 2-78-50, Abteilungen: Propaganda Parteipolitische Massenarbeit — 2-76-56 Wirtschaft — 2-18-23, Sozialistischer Wettbewerb — 2-17-55, Kultur — 2-74-26, Kommunistische Erziehung — 2-56-45, Literatur — 2-18-71, Leserbriefe — 2-77-11, Korrektur — 2-37-02, Maschinenschreibbüro — 2-50-57, Buchhaltung — 2-79-84

KORRESPONDENTENBÜROS:
Alma-Ata Tel. 42-45-21
Dshambul Tel. 5-19-02

«ФРОЯНДШАФТ»
ИНДЕКС 65414
Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Типография издательства Целиноградского обкома Компартии Казахстана.
Заказ 8505. УН 00422